

## Beschluss (vorläufig) Kapitel 4: Berlin lebt Vielfalt

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 14.02.2026  
Tagesordnungspunkt: 3. Kapitel 4 des Landeswahlprogramms (Gleichstellung, Antidiskriminierung, Geflüchtete, Queeres, Inklusion, Rechtsextremismus, Kultur, Medien, Religion, Demokratie)

1 Berlin ist eine Stadt, in der Freiheit, Vielfalt und Solidarität zu Hause sind. Hier  
2 begegnen sich Menschen unterschiedlicher Herkunft und verschiedener Religionen, Identitäten  
3 und Lebensweisen und prägen gemeinsam das Bild unserer Stadt. Für uns Bündnisgrüne ist  
4 Berlin ein Versprechen: dass jede\*r hier selbstbestimmt leben, sich entfalten und  
5 mitgestalten kann. Wir Bündnisgrüne wollen, dass dieses Versprechen wieder eingelöst wird –  
6 mit einer Politik, die Menschen befähigt, ihr Leben selbst zu gestalten, gleiche Chancen  
7 schafft und Diskriminierung entschieden entgegtritt.

8 Ein Berlin für alle heißt, dass Vielfalt nicht nur akzeptiert, sondern aktiv gefördert wird.  
9 Wir setzen auf Gleichstellung, Antidiskriminierung und Teilhabe von queeren Menschen,  
10 FLINTA\*, Geflüchteten, BIPOC, Menschen mit Migrationsgeschichte und Menschen mit  
11 Behinderungen. Wir gestalten Strukturen, die schützen und befähigen, schaffen offene und  
12 sichere Räume und stärken Institutionen, die die Vielfalt Berlins widerspiegeln. Zugleich  
13 verteidigen wir unsere Demokratie gegen Hass und Hetze und stärken jene, die sich tagtäglich  
14 für Freiheit und Gerechtigkeit einsetzen. Wir stehen für eine menschenrechtsbasierte,  
15 wertegeleitete Asylpolitik. Berlin ist Schutzraum und sicherer Hafen.

16 Berlin ist Zuhause für Kultur, Kunst, und Kreativität. Von den großen bis zu den kleinen  
17 Bühnen, von Museen, Graffiti und Clubs bis zu den Ateliers in den Kiezen. Diese Vielfalt  
18 macht unsere Stadt lebendig, stark und resilient. Wir sichern kulturelle Teilhabe für alle,  
19 künstlerische Freiheit, faire Arbeitsbedingungen und eine verlässliche Förderung für  
20 Kreativschaffende, damit Berlins kulturelle Landschaft auch künftig Raum für Neues, für  
21 Widerspruch und für Begegnung bleibt. Wir schützen die Freiheit des Glaubens ebenso wie die  
22 Freiheit, keiner Religion anzugehören, und fördern den interreligiösen Dialog als Brücke des  
23 Austauschs und Zusammenhalts. Eine starke Demokratie lebt vom Mitmachen – durch Bildung,  
24 Beteiligung und Zivilcourage. Denn ein Berlin für alle bedeutet, dass jede\*r gehört wird und  
25 die Vielfalt dieser Stadt als gemeinsames Versprechen begreift.

### 26 4.1. Strukturelle Gleichstellung – fair, selbstbestimmt 27 und verbindlich

28 Für uns Bündnisgrüne ist ein intersektionaler Feminismus essentiell. Wir wollen, dass in  
29 Berlin alle Frauen, Lesben, inter\*, nicht-binären, trans\* und agender Personen (FLINTA\*)  
30 frei und ökonomisch unabhängig leben können. Lohnarbeit soll gerecht bezahlt und Care-Arbeit  
31 fair verteilt sein – und zwar überall. Wir wollen Gesundheitsversorgung für alle FLINTA\*  
32 bedarfsgerecht, diskriminierungsfrei und selbstbestimmt aufstellen. Deshalb setzen wir uns  
33 auch für eine gezielte Fort- und Weiterbildung von Fachpersonal ein. Bündnisgrüne Politik  
34 sichert strukturelle Gleichstellung mit verbindlichen Strategien, einem Paritätsgesetz für  
35 das Parlament, fairer Finanzierung, transparenter Personalpolitik, Equal Pay, gezielter  
36 Förderung von Gründer\*innen und Frauen in MINT-Berufen und Programmen für den Wiedereinstieg  
37 nach Familienphasen. Flexible Arbeitsmodelle sowie eine gut ausgebaute Kinderbetreuung und  
38 Pflegeinfrastruktur entlasten und eröffnen Chancen. Bildung, Ausbildung und Berufschancen  
39 werden gezielt gefördert, soziale Träger dauerhaft abgesichert. Berlin wird Vorreiterin

40 einer feministischen Politik, die Vielfalt schützt, marginalisierte Gruppen gezielt  
41 einbezieht, Teilhabe stärkt und Gerechtigkeit für alle schafft.

42 Doch geschlechtsspezifische Gewalt – ob häuslich, psychisch, sexualisiert oder digital –  
43 gehört für viele FLINTA\* noch immer zum Alltag. Die vorhandenen Schutzplätze reichen nicht  
44 aus und für marginalisierte Gruppen bestehen oft hohe Zugangshürden. Frauen verdienen im  
45 Schnitt weniger als Männer, tragen den Großteil unbezahlter Care-Arbeit und sind in  
46 Führungspositionen stark unterrepräsentiert. Im Gesundheitswesen fehlen vielerorts  
47 spezifische, diskriminierungsfreie und mehrsprachige Angebote. Bei Sexarbeitenden überlagern  
48 Stigmata, fehlender Schutz, mangelnde Gesundheitsversorgung und Unsicherheit den Zugang zu  
49 Rechten und Unterstützung.

50 Gleichstellung konsequent vorantreiben

51 Wir Grüne wollen das Gender-Budgeting im Landeshaushalt konsequent weiterentwickeln. Dazu  
52 gehören ein wirksames Controlling durch eine gestärkte Leitstelle bei der  
53 Senatsfinanzverwaltung sowie die Ausweitung auf weitere Produkte und Diversitätsmerkmale.

54 Eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie mit klaren Kriterien und Vorgaben muss  
55 intersektional alle Diskriminierungsformen berücksichtigen. In den Bezirken werden die  
56 Gleichstellungsbeauftragten gestärkt. Über verbindliche Förderprogramme, Zielvereinbarungen  
57 mit landeseigenen Betrieben und Beteiligungen, transparente Auswahlverfahren und Quoten,  
58 Equal Pay, die Förderung von Frauen in MINT-Berufen, in der Wissenschaft und im Handwerk,  
59 Maßnahmen zur Vereinbarung von Familie und Beruf, Programme für den beruflichen  
60 Wiedereinstieg sowie den Ausbau von Kinderbetreuung und Pflegeinfrastruktur sichern wir die  
61 strukturelle Gleichstellung. Flexible Arbeitsmodelle sorgen dafür, dass Erwerbs- und Care-  
62 Arbeit fair verteilt werden.

63 Prävention stärken und Schutzräume ausweiten

64 Wir erkennen geschlechtsspezifische Gewalt – insbesondere Gewalt gegen Frauen – als  
65 gesamtgesellschaftliches Problem an. Prävention und Bekämpfung dürfen nicht bei den  
66 Betroffenen liegen, sondern erfordern ein konsequentes und planvolles Handeln der gesamten  
67 Gesellschaft.

68  
69 Deshalb stellen wir sicher, dass alle Anlaufstellen für Betroffene verbindlich  
70 sensibilisiert und geschult werden. Bei der Polizei etablieren wir standardisierte Verfahren  
71 im Umgang mit geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt nach spanischem Vorbild. Die  
72 Anordnung von Schutzmaßnahmen soll dabei regelbasiert erfolgen und nicht von individuellen  
73 Gefährdungseinschätzungen einzelner Beamt\*innen abhängen. Wir befürworten die Einführung der  
74 elektronischen Fußfessel, bei der die betroffene Person auch die Möglichkeit hat sich  
75 benachrichtigen zu lassen. Auch das Personal in Krankenhäusern, insbesondere in  
76 Notaufnahmen, wird fortgebildet, um Gewalteinwirkungen frühzeitig zu erkennen und  
77 Betroffenen Beratung und Unterstützung anzubieten.

78 Wir Grüne setzen das Gewalthilfegesetz konsequent um. Die Bundesmittel hierfür werden wir  
79 für zusätzliche Maßnahmen ausgeben. Wir schaffen mehr Beratungsangebote, zwei neue  
80 Frauenhäuser, mehr Zweite-Stufe-Wohnungen für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder sowie  
81 suchtmittelakzeptierende Einrichtungen und Schutzwohnungen mit expliziten Zugängen für  
82 marginalisierte Gruppen. Die Sprachmittlung und Housing First für Frauen werden ausgebaut,  
83 Notunterkünfte für FLINTA\* erweitert. Digitale Gewalt gegen Frauen bekämpfen wir mit  
84 spezialisierten Online-Beratungsangeboten, Sensibilisierungskampagnen und verpflichtenden

85 Schulungen für Polizei und Justiz. An den Strafgerichten schaffen wir eine  
86 Sonderzuständigkeit für Sexualdelikte. Zugänge zu Schutz, Beratung und Unterbringung müssen  
87 unabhängig vom Aufenthaltsstatus zugänglich sowie barrierefrei, mehrsprachig,  
88 diskriminierungsfrei und traumasensibel gestaltet und allen Betroffenen zugänglich sein.

89 Wir begrüßen, dass der schwarz-rote Senat zentrale grüne Forderungen umsetzt: die  
90 Verlängerung von Wohnungswegweisungen für Täter\*innen häuslicher Gewalt von 14 Tagen auf  
91 vier Wochen, die Verankerung von Kontakt- und Näherungsverboten im Berliner  
92 Sicherheitsgesetz sowie die Einrichtung eines Betroffenenbeirats. Auch die  
93 interdisziplinären Fallkonferenzen, die eine stärkere Zusammenarbeit von Polizei,  
94 Jugendämtern und Beratungsstellen bei konkreten Fällen häuslicher Gewalt ermöglichen, werden  
95 auf unsere Vorschläge hin vom Berliner Senat eingesetzt. Die Istanbul-Konvention ist ein  
96 Instrument, das uns dazu verpflichtet, notwendige Maßnahmen für den Schutz von Frauen und  
97 Mädchen vor Gewalt und die Förderung ihrer Rechte festzulegen, die über den Status quo  
98 hinausgehen. Wir setzen die Punkte der Konvention konsequent um. Dafür stärken wir sowohl  
99 Präventionsmaßnahmen in Schulen, bei Sozialämtern oder im digitalen Raum, als auch die  
100 Täterarbeit zum Beispiel mit Anti-Agressionstrainings. Eine verbesserte Datenerhebung soll  
101 zudem eine wissenschaftliche und gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung auf Basis  
102 verlässlicher Daten ermöglichen. Der Grundsatz „Wer schlägt, der geht“ aus dem  
103 Gewaltschutzgesetz muss in der Berliner Justiz, den Jugendämtern und der Polizei noch  
104 konsequenter umgesetzt werden. Die landeseigenen Wohnungsgesellschaft sollen diesen  
105 Grundsatz in ihren Mietverträgen verankern und hervorheben. Wir senken die Hürden für eine  
106 eheunabhängige Aufenthaltserlaubnis. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, "Catcalling"  
107 unter Strafe zu stellen.

#### 108 Digitale Gewalt wirksam bekämpfen

109 Digitale Gewalt ist eine zentrale Form geschlechtsspezifischer Gewalt. Sie reicht von  
110 Hassrede, Bedrohungen und Cyberstalking bis hin zu bildbasierter sexualisierter Gewalt und  
111 der nicht-einvernehmlichen Verbreitung privater Inhalte. Sie trifft Frauen, Mädchen und  
112 queere Personen besonders häufig. Sie schränkt ihre gesellschaftliche Teilhabe massiv ein  
113 und verletzt ihre Persönlichkeitsrechte. Wir werden Beratungs- und Unterstützungsangebote  
114 für Betroffene digitaler Gewalt ausbauen, berlinweite Melde- und Dokumentationsstrukturen  
115 stärken sowie Fortbildungsprogramme für Polizei, Justiz, Verwaltung, Schulen und Jugendhilfe  
116 zu digitaler Gewalt umsetzen. Aktuelle Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz  
117 müssen dabei berücksichtigt werden.

#### 118 Gesund und selbstbestimmt leben

119 Wir Grüne schaffen eine diskriminierungsfreie und flächendeckende Gesundheitsversorgung für  
120 Frauen und FLINTA\*. Dabei berücksichtigen wir gezielt Mehrfachdiskriminierung im  
121 Gesundheitswesen, etwa durch Rassismus, Behinderung, Queerfeindlichkeit oder fehlende  
122 Sprachmittlung. Dazu gehören der Ausbau frauengesundheitlicher, queersensibler und  
123 mehrsprachiger Angebote, zusätzliche Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und die  
124 Verankerung der Aufklärung über Schwangerschaftsabbrüche in der medizinischen Ausbildung. In  
125 Schulen und Jugendeinrichtungen stellen wir die Verfügbarkeit erweiterter  
126 Aufklärungsangebote zu Menstruation und Verhütung sicher, außerdem werden  
127 Menstruationsartikel auf öffentlichen Toiletten und in öffentlichen Gebäuden kostenfrei  
128 bereitgestellt, wie es manche Bezirke bereits tun. Zur Gesundheitsvorsorge gehört auch eine  
129 Erweiterung des Angebots an kostenfreien und barrierefreien öffentlichen Toiletten -  
130 ausgestattet mit kostenfreien Menstruationsartikeln. FLINTA\*, die sich in den Wechseljahren

131 befinden, haben ein Recht auf gesundheitliche Unterstützung und faire Arbeitsbedingungen.  
132 Wir wollen Aufklärung, Forschung und konkrete Maßnahmen, wie eine Wechseljahres-Strategie  
133 für die Berliner Verwaltung, damit FLINTA\* in dieser Lebensphase selbstbestimmt, fair und  
134 gesund leben können. Um allen Frauen eine medizinische Versorgung zu ermöglichen, wollen wir  
135 ein flächendeckendes Angebot an Gynäkolog\*innen und Urolog\*innen in allen Bezirken sichern  
136 und dabei auch ein Augenmerk auf trans\*, nicht-binäre und behinderte Menschen legen. Auf  
137 Bundesebene setzen wir uns für die Abschaffung von § 218 des Strafgesetzbuchs ein, weil das  
138 Recht von Schwangeren, über ihren eigenen Körper und ihre reproduktive Gesundheit zu  
139 entscheiden, ein unveräußerlicher Teil ihrer Selbstbestimmung und Gleichberechtigung ist.  
140 Dafür wollen wir den von der Union im Bundestag verhinderten Entwurf eines Gesetzes zur  
141 Neuregelung des Schwangerschaftsabbruches in den Bundesrat einbringen.

142 Schutz und Rechte für Sexarbeitende sichern

143 Um Sexarbeitende zu schützen, zu entkriminalisieren und zu entstigmatisieren, setzen wir  
144 Bündnisgrüne die Ergebnisse des unter Rot-Rot-Grün einberufenen „Runden Tisches Sexarbeit“  
145 um und integrieren das Peer-Projekt „transSexWorks“ in das Koordinierungsgremium.  
146 Fachberatungsstellen werden um psychologische Beratungsangebote erweitert. Wir entwickeln  
147 gemeinsam mit den Bezirken Präventions- und Schutzkonzepte, besonders für den  
148 Kurfürstenkiez, mit dem Ziel, sichere, hygienische Arbeitsorte zu schaffen sowie eine  
149 bessere gesundheitliche Versorgung und eine qualifizierte rechtliche Beratung zu fördern.  
150 Damit unterstützen wir Sexarbeitende und tragen zur Entlastung des öffentlichen Raums bei.  
151 Freier\*innen, die in Freier\*innenforen und anderswo die Persönlichkeitsrechte von  
152 Sexarbeitenden verletzen, werden strafrechtlich verfolgt.

## 153 4.2. Berlin gegen Diskriminierung – Vielfalt konsequent 154 schützen

155 Berlin ist eine Stadt, in der Vielfalt gelebt wird. In einer Zeit, in der versucht wird, uns  
156 auseinander zu drängen und viele Berliner\*innen angegriffen, ausgeschlossen und abgewertet  
157 werden, halten wir an unserem Berlin fest – einem Berlin, in dem alle dazugehören und  
158 gesehen werden. Wir Bündnisgrüne setzen uns dafür ein, dass alle Menschen frei von  
159 Diskriminierung leben können – unabhängig von Herkunft, Religion, rassistischer  
160 Zuschreibung, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderungen, Alter oder sozialer Lage.  
161 Antidiskriminierung ist für uns dabei eine Querschnittsaufgabe: Politik, Verwaltung,  
162 Bildung, Gesundheit, Kultur und Wirtschaft sollen ihr Handeln aktiv an Vielfalt und  
163 Gerechtigkeit ausrichten. Berlin braucht klare Zuständigkeiten, verbindliche Maßnahmen und  
164 dauerhafte Förderung bei der Arbeit gegen jede Form rassistischer Diskriminierung und für  
165 Empowerment betroffener Gruppen. Dabei ist eine bedarfsgerechte und langfristig abgesicherte  
166 Beratungsinfrastruktur zentral. Wir stärken Betroffene, ihre Perspektiven sollen gehört und  
167 repräsentiert werden. Vielfalt und Repräsentation sind für uns nicht nur ein Symbol, sondern  
168 gelebte Realität – sichtbar, wirksam und selbstverständlich.

169 Wir verteidigen Minderheiten und zivilgesellschaftliche Akteur\*innen vor direkten Angriffen  
170 und den zunehmenden Versuchen, sie pauschal zu delegitimieren. Wir stärken Projekte, die  
171 sich für ein diverses und sicheres Berlin einsetzen, und fördern die Sensibilität für  
172 Diversität.

## 173 Strategie für Antidiskriminierung und Diversität entwickeln

174 Berlin hat sich unter grüner Regierungsbeteiligung zu einem bundesweiten Leuchtturm für eine  
175 progressive Politik der Vielfalt entwickelt, die sich gegen jede Form der Diskriminierung  
176 stellt. Diese Zeiten sind mit Schwarz-Rot schon lange vorbei. Wir Grüne akzeptieren diesen  
177 Stillstand nicht. Wir wenden uns entschieden gegen die ideologisch vorangetriebenen Angriffe  
178 auf zivilgesellschaftliches Engagement, gegen die Zerschlagung von Beratungsangeboten oder  
179 Präventionsstrukturen, die sich jeden Tag für Vielfalt, Teilhabe und Gleichbehandlung  
180 einsetzen.

181 Wir wollen, dass Berlin wieder Verantwortung übernimmt und voranschreitet: mit einer  
182 gesamtstädtischen Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategie. Mit ihr wollen wir die  
183 unterschiedlichen bestehenden Programme gegen Diskriminierung und für die Förderung von  
184 Diversität zusammenführen, intersektional ausrichten sowie alle gesellschaftlichen  
185 Handlungsfelder und Institutionen auf strukturelle Diskriminierung prüfen und Berlin wieder  
186 zur Vorreiterin einer progressiven Antidiskriminierungs- und Diversitätspolitik machen. Die  
187 Strategie soll unter enger Einbindung von Wissenschaft, Expert\*innen und insbesondere den  
188 zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen und Communities entwickelt werden. Die bisherigen  
189 Strukturen werden evaluiert und weiterentwickelt, klare Zuständigkeiten auf Landes- und  
190 Bezirksebene gesetzlich verankert und dauerhaft gestärkt. Parallel überarbeiten wir die  
191 veraltete Landeskonzption „Demokratie. Vielfalt. Respekt.“ gegen Rechtsextremismus,  
192 Antisemitismus und Rassismus grundlegend. Ziel ist der Abbau struktureller  
193 Ungleichbehandlung sowie der Aufbau gleichwertiger Beratungs- und Empowermentstrukturen für  
194 alle marginalisierten Gruppen.

195 Bestimmte Formen der Diskriminierung haben ohnehin bis heute zu wenig politische  
196 Aufmerksamkeit erfahren. Hier wollen wir Erkenntnislücken schließen – etwa durch den Berlin-  
197 Monitor, der wieder jährlich erscheinen soll und eng mit der Zivilgesellschaft abgestimmt  
198 wird. Wir wollen die Berliner Antidiskriminierungsarbeit um neue gesellschaftliche  
199 Handlungsfelder erweitern, wie etwa den Gesundheits- und Pflegebereich, den Bereich  
200 Wissenschaft und Hochschulen oder den Bereich der Diskriminierung im digitalen Kontext, und  
201 durch KI-Anwendungen ergänzen. Wir bauen diskriminierungskritische, mehrsprachige,  
202 niedrigschwellige und psychosoziale Unterstützung aus, stärken ein Förderprogramm für  
203 marginalisierte Selbstorganisationen, entwickeln die bezirklichen Beauftragtenstrukturen zu  
204 Diversityteams weiter und schaffen einen Aktionsplan, der Safer Spaces und Community-Orte in  
205 der ganzen Stadt schützt.

## 206 Landesantidiskriminierungsgesetz weiterentwickeln

207 Das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) ist eine bündnisgrüne Erfolgsgeschichte. Wir  
208 wollen es gemeinsam mit der Zivilgesellschaft evaluieren und weiterentwickeln, um seinen  
209 Schutz noch breiter wirksam werden zu lassen. Dazu novellieren wir das LADG: Wir erweitern  
210 den Merkmalskatalog um Diskriminierungsmerkmale wie Diskriminierung aufgrund des Gewichts,  
211 der Staatsangehörigkeit, des Aufenthaltsstatus oder des Familienstands und wenden das Gesetz  
212 verbindlich auch auf landeseigene Unternehmen an. Die Verjährungsfrist, also die Ansprüche  
213 auf Schadensersatz oder Entschädigung nach dem LADG, die bisher innerhalb von einem Jahr  
214 verjähren, wird auf drei Jahre verlängert, gleichzeitig steigen die Entschädigungshöhen zur  
215 Abschreckung. Ein Rechtshilfefonds wird Verbandsklagen erleichtern. Wir stärken die LADG-  
216 Ombudsstelle und stellen sie als unabhängige Behörde auf. Sie erhält ein Initiativrecht, ein  
217 eigenes Presserecht und eine Berichtspflicht. Unter dem Dach der LADG-Ombudsstelle wird eine  
218 unabhängige Beschwerdestelle gegen Diskriminierung an Schulen eingerichtet. Auch auf

219 Bundesebene kämpfen wir für eine Stärkung des rechtlichen Diskriminierungsschutzes mit der  
220 Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG).

221 Eine vielfältige und diskriminierungsfreie Verwaltung stärken

222 Die Berliner Verwaltung muss bei der Entwicklung und Umsetzung von Antidiskriminierungs- und  
223 Diversitätsstrategien eine Vorreiterrolle übernehmen. Das Diversity-Landesprogramm haben wir  
224 dazu 2020 auf den Weg gebracht, um die Förderung von Vielfalt bei der Personalgewinnung und  
225 im Personalmanagement zu stärken. In der Umsetzung durch Schwarz-Rot wurden viele Ziele aber  
226 nicht erreicht. Etliche Maßnahmen bleiben unverbindlich; es fehlt an einer  
227 senatsübergreifenden Steuerung. Wir Grüne wollen daher einen Neustart für das Diversity-  
228 Landesprogramm mit Verbindlichkeit für alle Verwaltungen. Zentrale Maßnahmen des  
229 Landesprogramms – wie die Einführung positiver Maßnahmen zur Bekämpfung von  
230 Ungleichbehandlung – wollen wir gesetzlich verankern. Dazu gehören auch unabhängige,  
231 diskriminierungskritische Untersuchungen der internen Organisationsstrukturen und -abläufe,  
232 die Entwicklung von verbindlichen Beschwerdeverfahren und -stellen bei Rassismus und  
233 Diskriminierung sowie die Implementierung von Antidiskriminierungs- und  
234 Diversitätsstrategien in allen Verwaltungen. Neben den bisherigen Schwerpunkten soll für die  
235 weitere Entwicklung ein neuer Fokus hinzutreten: die diskriminierungsarme Zugänglichkeit von  
236 Dienstleistungen der Verwaltung und damit verbundene Maßnahmen der  
237 Diskriminierungsprävention.

238 Wir Bündnisgrüne wollen zukünftig einen echten Diversitäts-Check einführen. Im Sinne eines  
239 modernen Diversity-Mainstreamings sollen alle Maßnahmen des Senats – insbesondere  
240 Gesetzesvorhaben – vorab auch auf potenziell diskriminierende bzw. diversitätsfördernde  
241 Wirkungen hin untersucht werden. Politische und Verwaltungsentscheidungen müssen auf einer  
242 rassismus- und diskriminierungskritischen Datenlage basieren, die partizipativ und  
243 communitybasiert erhoben wird.

244 Das Berliner Partizipations- und Migrationsgesetz (PartMigG) ist ein herausragendes Beispiel  
245 für die konstruktive Gestaltung von Teilhabe in Berlin. Berlin hat dort – auf Initiative der  
246 Grünen – den bundesweit ersten Beirat für die Angelegenheiten der Sinti\*innen und Rom\*nja  
247 gesetzlich verankert. Insgesamt stellt das Gesetz einen bedeutenden Fortschritt in Richtung  
248 einer gerechteren und inklusiveren Stadtgesellschaft dar, die die Potenziale aller ihrer  
249 Mitglieder erkennt und fördert. Wir setzen das PartMigG konsequent um, sorgen für klare  
250 Zuständigkeiten in allen Senatsverwaltungen, ausreichende Ressourcen sowie verbindliche  
251 Beteiligungsstrukturen für Beiräte und Migrant\*innenorganisationen. Das PartMigG sorgt  
252 dafür, dass die Vielfalt Berlins auch in der Verwaltung sichtbar wird. Die letzte Befragung  
253 zeigt jedoch, dass der Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst  
254 weiter deutlich unter dem der Stadtgesellschaft liegt. Wir wollen den gesellschaftlichen  
255 Anteil von Black, Indigenous and People of Color (BIPOC) und Menschen mit Rassismus- und  
256 Antisemitismuserfahrung in der Verwaltung durch verbindliche positive Maßnahmen erhöhen und  
257 als Zielvorgabe bis 2030 mindestens den Durchschnitt der Berliner Bevölkerung erreichen.  
258 Perspektivisch wollen wir eine umfassende Vielfaltsquote einführen, die alle  
259 Diversitätsdimensionen berücksichtigt. Berichtspflichten und Mitarbeitendenbefragungen nach  
260 dem novellierten PartMigG begrüßen wir, wollen jedoch zusätzlich erreichen, dass  
261 Gleichstellungsdaten von allen Menschen mit Rassismuserfahrung erfasst sowie ein umfassendes  
262 Diversity-Monitoring und anonyme Umfragen zu Diskriminierungserfahrungen etabliert werden.  
263 Eine Interessenvertretung für BIPOC im öffentlichen Dienst soll das  
264 Personalvertretungsgesetz ergänzen.

265 Auch die landeseigenen Unternehmen und Beteiligungen haben eine stadtweite Vorbildfunktion  
 266 für eine moderne, diversitätsorientierte Unternehmensführung in Berlin. Wir Grüne wollen  
 267 wirksame und verbindliche Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategien für sie entwickeln  
 268 und implementieren. Dies gilt sowohl für die angebotenen Dienstleistungen und den Umgang mit  
 269 Kund\*innen als auch für die interne Personalverantwortung und -führung. Die Enquete-  
 270 Kommission hat einen ideologisch vorangetriebenen Kulturkampf weiter verschärft, statt  
 271 wirkungsvolle Ergebnisse für die zukunftsgerichtete Weiterentwicklung der Strategien gegen  
 272 Antisemitismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit und alle weiteren Formen von Diskriminierung  
 273 zu liefern. Wir schaffen ein neues parlamentarisches Format, das systematisch und auf  
 274 Augenhöhe mit der Zivilgesellschaft arbeitet – mit dem Ziel, eine progressive und  
 275 intersektionale Antidiskriminierungspolitik in den Mittelpunkt zu stellen und auch die  
 276 Umsetzung durch Politik und Verwaltung systematisch zu monitoren und zu begleiten. Der Fokus  
 277 liegt dabei vor allem auf Institutionen und Strukturen der öffentlichen Hand.

#### 278 Antisemitismus entschieden bekämpfen

279 Jüdisches Leben gehört untrennbar zu Berlin. Wir Bündnisgrüne setzen uns entschieden dafür  
 280 ein, dass Berlin eine Stadt bleibt, in der jüdisches Leben in Sicherheit und Freiheit  
 281 möglich ist – auf der Straße, in Schulen und Hochschulen, in der Kultur, in der Wissenschaft  
 282 und im Alltag. Dass Jüdinnen\*Juden in Berlin Angst haben, ist nicht zu akzeptieren. Der  
 283 Schutz jüdischen Lebens und der Kampf gegen Antisemitismus sind für uns nicht verhandelbar.  
 284 Wir wollen das in der rot-rot-grünen Wahlperiode beschlossene „Berliner Landeskonzept zur  
 285 Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention“ konsequent umsetzen und bestehende  
 286 Schutzlücken schließen. Besonders in Bildung, Schule, Hochschule sowie im Opferschutz  
 287 braucht es verlässliche Strukturen, die Antisemitismus gezielt adressieren. Wir betrachten  
 288 Antisemitismusprävention als eine langfristige und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Neben  
 289 einer konsequenten strafrechtlichen Verfolgung politisch motivierter Straftaten braucht es  
 290 die verlässliche Förderung etablierter, anerkannter und fachlich qualifizierter Träger der  
 291 Antisemitismusprävention statt kurzfristiger, befristeter Projektförderungen.

292  
 293 Für uns ist dabei klar, dass wir den Kampf gegen alle Formen von Antisemitismus ernst  
 294 nehmen. Dazu gehört sowohl die Gefahr durch rechtsextreme und faschistische Ideologien als  
 295 auch der israelbezogene Antisemitismus, der maßgeblich in Teilen der politischen Linken und  
 296 aus dem islamistischen Milieu kommt. Wir unterscheiden klar zwischen antisemitischen  
 297 Positionen und einer sachlichen Kritik an der israelischen Regierung, die sich gegen  
 298 konkrete politische Maßnahmen richtet, ohne Jüdinnen und Juden kollektiv verantwortlich zu  
 299 machen oder doppelte Standards anzulegen. Der Schutz von jüdischen und als israelsolidarisch  
 300 gelesenen Orten, einschließlich nichtreligiöser Einrichtungen, muss sichergestellt werden.  
 301 Hierfür müssen unter anderem auch bauliche und personelle Schutzmaßnahmen gestärkt werden.  
 302 Um der wachsenden Verbreitung antisemitischer Narrative im digitalen Raum zu begegnen,  
 303 wollen wir am Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung ein Forschungscluster zu  
 304 digitalem Antisemitismus einrichten. Dieses soll Frühwarnsysteme entwickeln, digitale  
 305 Bildungsarbeit leisten und Politik, Medien sowie Plattformbetreiber\*innen beraten.

#### 306 Antimuslimischen Rassismus entschieden bekämpfen

307 Rassismus hat viele Gesichter. Wir Bündnisgrüne bekämpfen ihn in all seinen  
 308 Erscheinungsformen. Auch antimuslimischer Rassismus ist nach dem 7. Oktober 2023 weiter  
 309 deutlich angewachsen. Wir sagen ihm entschieden den Kampf an. Wir setzen uns auch gegen jede  
 310 Form von Rassismus und religiöse Diskriminierung ein, den Alevit\*innen, Drus\*innen,  
 311 Jesid\*innen und andere religiöse Minderheiten erfahren.

312

313 Wir setzen eine\*n Landesbeauftragte\*n ein, der\*die ressortübergreifend Lücken im Schutz vor  
314 antimuslimischer Diskriminierung in unseren gesellschaftlichen Institutionen wie Behörden  
315 und Schulen sowie bei strukturellen Benachteiligungen wie etwa im Berufsleben schließt und  
316 die Ergebnisse der „Expert\*innenkommission antimuslimischer Rassismus“ senatsübergreifend  
317 koordiniert umsetzt. Dazu gehören einheitliche Vorgaben zur inhaltlichen Ausgestaltung von  
318 Schulordnungen an Berliner Schulen, die LADG-konform sind.

319 Die Expert\*innenkommission antimuslimischer Rassismus soll ihre Arbeit fortsetzen und  
320 bestehende Beratungs-, Empowerment- und Monitoringstrukturen sollen gestärkt und ausgebaut  
321 werden. Beschäftigte im öffentlichen Dienst erhalten verpflichtende Fortbildungen und beim  
322 Landeskriminalamt wird eine spezifische Ansprechperson eingesetzt. Das diskriminierende  
323 „Neutralitätsgesetz“ schaffen wir in Gänze ab, da es insbesondere kopftuchtragende Frauen  
324 vom Staatsdienst ausschließt, Grundrechte wie Religions- und Berufsfreiheit verletzt und  
325 bestehende Ungleichbehandlungen im öffentlichen Dienst verfestigt, statt Diskriminierung  
326 abzubauen. Muslimisches Leben soll in Kunst, Medien und Bildung sichtbar sein –  
327 diskriminierungsfrei und selbstbestimmt. Die genannten Maßnahmen – von der  
328 Landesbeauftragten über Fortbildungen bis hin zu Beratungs- und Empowermentstrukturen –  
329 müssen für die Vielfalt der betroffenen Gruppen sensibilisiert werden und spezifische  
330 Angebote bereithalten. Wir setzen uns dafür ein, den 1. Juli als offiziellen Gedenk- und  
331 Aktionstag gegen antimuslimischen Rassismus einzuführen, und prüfen den Abschluss einzelner  
332 Vereinbarungen mit muslimischen Verbänden.

333 Anti-asiatischen Rassismus entschieden bekämpfen

334 Wir Grüne fordern ein stärkeres und entschiedeneres Handeln gegen anti-asiatischen  
335 Rassismus. Dazu müssen Beratungs-, Melde- und Empowermentstrukturen überhaupt erst einmal  
336 eingerichtet bzw. gestärkt werden. Gegen anti-asiatischen Rassismus als spezifische Form der  
337 Diskriminierung führen wir Sensibilisierungen im öffentlichen Dienst ein, fördern asiatisch-  
338 deutsche Selbstorganisationen und binden sie in politische Gremien ein. Empowerment- und  
339 Teilhabeangebote werden gezielt ausgebaut, um mediale, kulturelle und politische  
340 Repräsentanz zu stärken.

341 Anti-Schwarzen Rassismus entschieden bekämpfen

342 Berlin hat sich 2018 zur Umsetzung der 1. UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft  
343 (2015–2024) verpflichtet. Dabei sollten unter anderem geeignete Maßnahmen zur Erfassung der  
344 Diskriminierung Schwarzer Menschen und Antidiskriminierungsmaßnahmen entwickelt werden –  
345 unter enger Einbeziehung der Zivilgesellschaft und Berücksichtigung der Perspektiven  
346 Schwarzer Menschen. Nach dem Abschluss der 1. UN-Dekade wollen wir Grüne deren Ergebnisse  
347 sichern und die etablierten Strukturen und implementierten Maßnahmen fortführen und  
348 verstetigen. Die noch offenen Forderungen sollen weiter umgesetzt und bestehende Lücken  
349 geschlossen werden. Dazu gehört auch die Einrichtung des Studiengangs „Intersectional Black  
350 European Studies“ an den Berliner Hochschulen. Wir wollen, dass Berlin sich auch zur  
351 Umsetzung der 2. UN-Dekade (2025–2034) verpflichtet und dabei bundesweit voranschreitet.  
352 Gemeinsam mit den Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Communities wollen wir  
353 hierfür eine Gesamtstrategie für die 2. UN-Dekade mit einem Maßnahmen- und Aktionsplan bis  
354 2034 entwickeln. Diese Gesamtstrategie soll verbindlich alle Senatsressorts und die Bezirke  
355 einschließen. Gegen anti-Schwarzen Rassismus bauen wir Beratungs-, Melde- und  
356 Empowermentstrukturen aus und sichern sie langfristig. Dazu gehört auch das Schwarze  
357 Community-Zentrum.

---

### 358 Antiziganismus entschieden bekämpfen

359 Rom\*nja und Sinti\*zze sind seit langem ein elementarer Teil unserer Gesellschaft und hier  
360 tief verwurzelt. Berlin soll auch für die Gemeinschaft der Sinti\*zze und Rom\*nja ein  
361 lebenswertes und sicheres Zuhause sein. Wir setzen uns entschieden dafür ein, dass sie  
362 diskriminierungsfrei ihr Leben gestalten können. Denn wir stellen fest, dass Sinti\*zze und  
363 Rom\*nja weiterhin in allen gesellschaftlichen Bereichen diskriminiert werden. Die meisten  
364 registrierten Vorfälle ereignen sich im Kontakt mit der Verwaltung, mit öffentlichen  
365 Stellen, im Bildungs- und Gesundheitsbereich sowie auf dem Arbeitsmarkt. Berlin muss daher  
366 weiterhin entschlossen handeln, den strukturellen, institutionellen und alltäglichen  
367 Rassismus gegen Sinti\*zze und Rom\*nja zu bekämpfen. Wir Bündnisgrüne setzen auf eine  
368 verbindliche Einbindung des Beirats für Angelegenheiten der Rom\*nja und Sinti\*zze, eine  
369 Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Antiziganismus-Dokumentationsstelle und gezielte  
370 Fortbildungen aller öffentlichen Stellen. Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung von  
371 pädagogischem Personal sowie in Rahmenlehrplänen der Berliner Schulen müssen  
372 antiziganismuskritische Kenntnisse über Geschichte und Gegenwart von Sinti\*zze und Rom\*nja  
373 verbindlich Eingang finden. Das Recht auf Bildung muss in Berlin für alle Kinder, unabhängig  
374 vom Aufenthaltsstatus, gelten. Eine Ausweisung und Abschiebung geflüchteter Rom\*nja in  
375 vermeintlich „sichere“ Herkunftsländer, in denen ihnen Angriffe und Diskriminierung drohen,  
376 lehnen wir ab.

### 377 Antislawismus entschieden bekämpfen

378 Auch Menschen mit osteuropäischer Migrationsgeschichte und/oder slawische Menschen erleben  
379 Diskriminierung und Rassismus, etwa im Arbeitsalltag oder im Umgang mit der Verwaltung.  
380 Antislawismus tritt häufig in Verbindung mit Klassismus auf, etwa wenn von einem  
381 vermeintlichen „Sozialtourismus“ gesprochen wird. Wir stellen uns Antislawismus entgegen und  
382 möchten, dass auch Menschen mit osteuropäischer Migrationsgeschichte ein  
383 diskriminierungsfreies Leben führen können. Wir wollen die Forschung und politische  
384 Bildungsarbeit zu Antislawismus stärken, die Sichtbarkeit und Teilhabe von Menschen mit  
385 osteuropäischer Migrationsgeschichte stärken und Mitarbeiter\*innen der Berliner Behörden  
386 bezüglich Antislawismus schulen.

## 387 4.3. Humanität für Geflüchtete – Ankommen und Teilhabe 388 sichern

389 Differenzierte, sachliche Antworten in der Migrationspolitik sind nicht immer populär, aber  
390 heute dringender notwendig denn je. Die Menschenrechte sind überall und jederzeit  
391 einzuhalten – sie sind unverhandelbar.

392 Berlin soll sicherer Hafen und eine Stadt der Chancen sein. Teilhabe beginnt am ersten Tag;  
393 mit Zugängen, die funktionieren, und Strukturen, die Menschen stärken. Das heißt: Menschen  
394 erhalten Schutz, Wohnraum, Beratung, herkunftsunabhängigen und kostenlosen Zugang zu Sprach-  
395 und Bildungsangeboten sowie Zugang zu Arbeit und Gesundheitsversorgung –  
396 diskriminierungsfrei, kultursensibel und mehrsprachig. Dauerhaft finanzierte  
397 Beratungsstellen sichern besondere Schutzbedarfe. Wir Bündnisgrüne setzen uns dafür ein,  
398 dass diskriminierungsfreie und traumasensible medizinische Versorgung geleistet, Ehrenamt  
399 und Selbstorganisation gefördert sowie Wohnraumberatung und unabhängige  
400 Asylverfahrensberatung angeboten werden. Wir werden diese Werte auch in Zukunft weiter im  
401 Netzwerk „Solidarity Cities“ (solidarische Städte) leben!

402 Psychosoziale und psychologische Versorgung sichern und ausbauen

403 Viele geflüchtete Menschen haben Gewalt, Krieg, Verfolgung oder Flucht erlebt und benötigen  
404 psychosoziale sowie psychotherapeutische Unterstützung. Psychische Gesundheit ist eine  
405 zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, Bildung und Integration und muss von  
406 Beginn an berücksichtigt werden. Wir möchten daher die psychologische und psychosoziale  
407 Versorgung für Geflüchtete stärken und einen niedrigschwelligen und bedarfsgerechten Zugang  
408 zu ihr ermöglichen. Dazu gehören mehrsprachige und kultursensible Angebote, insbesondere für  
409 Kinder und Jugendliche.

410 Zugänge zu Arbeit und Ausbildung schaffen

411 Mit einer Politik die Zugänge öffnet und Hürden abbaut, erleichtern wir Grüne Geflüchteten  
412 vom ersten Tag an den Einstieg in Arbeit, Ausbildung und Qualifizierung. Teilhabe am  
413 Arbeitsmarkt ist Voraussetzung für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Dafür stärken  
414 wir gezielt mehrsprachige Informationsangebote, praxisnahe Sprach- und Brückenangebote sowie  
415 notwendige Qualifizierungsmaßnahmen und beschleunigen mit einer Taskforce „Anerkennung“ die  
416 Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und legen den Schwerpunkt auf die  
417 Fachkräftestrategie.

418 Bürokratische Hürden bei der Erteilung und Verlängerung von Arbeitserlaubnissen bauen wir ab  
419 und sorgen für transparente, zügige Verfahren in der Berliner Verwaltung. Betriebe, die  
420 Geflüchtete einstellen oder ausbilden, unterstützen wir gezielt und fördern Kooperationen  
421 zwischen Unternehmen, Kammern und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Auf Bundesebene  
422 setzen wir uns dafür ein, dass die Zustimmungspflichten der Bundesagentur für Arbeit für  
423 Menschen im laufenden Asylverfahren entfallen.

424 Gleichberechtigten Zugang zu Gesundheit und Leistungen für alle  
425 gewährleisten, diskriminierende Bezahlkarte abschaffen

426 Das Recht auf körperliche und geistige Gesundheit sowie das Recht auf soziale Sicherheit  
427 sind Menschenrechte, die auch Geflüchtete und Migrant\*innen besitzen, die sich in Berlin  
428 aufhalten – ob mit oder ohne die „richtigen“ Papiere. Sogenanntes Asyl- und  
429 Migrationsmanagement darf nicht zu menschenrechtswidrigem Leistungsausschluss führen, auch  
430 nicht als Sanktion für angebliches Fehlverhalten.

431 Wir lehnen die vom schwarz-roten Senat geplante Bezahlkarte ab, weil sie Geflüchtete  
432 diskriminiert und ihre Selbstbestimmung einschränkt. Stattdessen setzen wir auf  
433 diskriminierungsfreie, unbürokratische Auszahlungen von Leistungen sowie, unabhängig vom  
434 Aufenthaltsstatus, ein Bankkonto für alle („Basiskonto“). Kinder erhalten unverzüglichen  
435 Zugang zu Schulunterricht, Willkommensklassen dürfen nur eine Übergangslösung sein.  
436 Unabhängig vom Aufenthaltsstatus stellen wir den Zugang von Geflüchteten zu Bildung,  
437 Gesundheitsversorgung, Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe sicher.

438 Im Bund setzen wir uns für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes ein.

439 Dezentrale Unterbringung und eigenen Wohnraum voranbringen

440 Es ist unser Ziel, geflüchteten Menschen das Ankommen zu erleichtern. Dafür ist es  
441 entscheidend, dass sie angemessen untergebracht werden und wohnen können. Derzeit leben rund  
442 40.000 Menschen in Unterkünften des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten, viele von

443 ihnen mit gesichertem Aufenthaltsstatus, obwohl sie Anspruch auf eigenen Wohnraum hätten.  
444 Wir werden die bezirklichen Kooperationen – wie beim Projekt Wohnen statt MUF – mit den  
445 landeseigenen Wohnungsunternehmen stärken, Fachstellen sollen zudem den Zugang zum  
446 Wohnungsmarkt für Geflüchtete verbessern. Wir befürworten überdies die WBS-Berechtigung für  
447 Geflüchtete mit langjährigem Aufenthaltsstatus oder Duldung. Unser oberstes Ziel ist die  
448 Unterbringung in eigenem Wohnraum. Wo dies nicht möglich ist, wollen wir Grüne weg von der  
449 Massenunterbringung und hin zu dezentralen, menschenwürdigen Wohnformen. Große  
450 Massenunterkünfte haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sie den Bedürfnissen von  
451 Geflüchteten nicht gerecht werden. In der Massenunterkunft in Tegel wurden zeitweise  
452 tausende Menschen auf engstem Raum untergebracht, der Zugang von Hilfsorganisationen war  
453 erschwert und Kinder hatten nur eingeschränkt die Möglichkeit, am Schulunterricht  
454 teilzunehmen. Das war insbesondere für Familien und Kinder belastend in einer ohnehin  
455 schwierigen Lage.

456 In der Neuaufstellung der Unterbringung setzen wir in erster Linie auf Wohnungen und  
457 kleinere Gemeinschaftsunterkünfte in allen Bezirken. Zudem wollen wir für besonders  
458 schutzbedürftige Gruppen geflüchteter Menschen gezielte Schwerpunktunterkünfte schaffen, um  
459 eine bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen. Das soziale Wohnungsbauprogramm für  
460 Geflüchtete unterstützen wir, um dauerhaft Wohnraum und soziale Angebote zur Verfügung zu  
461 stellen. Mit einem sozialen Unterbringungsgesetz sollen zukünftig gesetzliche  
462 Mindeststandards in Unterkünften für Geflüchtete und Wohnungslose festgelegt und  
463 durchgesetzt werden.

464 Ein Ankunftszentrum soll bestmögliche Erstversorgung sicherstellen, sich darum kümmern, dass  
465 Kinder und besonders vulnerable Geflüchtete angemessen betreut und schnellstmöglich in gute  
466 Unterkünfte vermittelt werden. Mit einer Senatskommission „Unterbringung“ sorgen wir für  
467 eine engere Abstimmung zwischen Senat und Bezirken. Asylsuchende werden zudem bei der Reform  
468 der Wohnungsnotfallhilfe mitberücksichtigt. Dabei darf keine Gruppe, die von  
469 Wohnungslosigkeit bedroht ist, gegen eine andere ausgespielt werden.  
470 Dabei ist eine strukturelle und finanzielle Unterstützung der Bezirke zentral. Die soziale  
471 Infrastruktur vor Ort muss von Beginn an mitgedacht werden. Die Senatskommission  
472 Unterbringung soll sicherstellen, dass neue Standorte zügig identifiziert und beschlossen  
473 werden und notwendige Verbesserungen der lokalen Infrastruktur von Anfang an eingeplant  
474 sind, insbesondere beim Ausbau von Kita- und Schulplätzen sowie der Verkehrsinfrastruktur.

475 Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) ist die zentrale Erstaufnahmebehörde für  
476 geflüchtete Menschen in Berlin. Hier entscheidet sich, ob Unterbringung, Leistungen und  
477 Versorgung verlässlich funktionieren.

478 Wir stärken das LAF und verbessern die Arbeitsbedingungen nachhaltig. Unser Ziel ist ein  
479 modernes, gut ausgestattetes Landesamt mit fairen Arbeitsbedingungen, ausreichendem Personal  
480 und verlässlichen Strukturen, damit geflüchtete Menschen von Beginn an angemessen versorgt  
481 und untergebracht werden können.

482 Landesamt für Einwanderung als moderne Willkommensbehörde

483 Das Landesamt für Einwanderung (LEA) ist für rund 700.000 Berliner\*innen ohne deutsche oder  
484 EU-Staatsangehörigkeit – und damit für fast 20 % der Einwohner\*innen – von zentraler  
485 Bedeutung. 2025 haben über 500.000 Menschen beim LEA vorgesprochen, um Entscheidungen zu  
486 erhalten, die über Arbeit, Studium, Familienleben und soziale Sicherheit bestimmen.  
487 Verzögerte Verfahren können zum Verlust des Jobs oder sogar der Wohnung führen.  
488 Intransparente Abläufe und schwerer Zugang schwächen das Vertrauen und die lange  
489 Ungewissheit hinsichtlich der eigenen Zukunft belasten viele Berliner\*innen.  
490 Wir werden das Landesamt für Einwanderung zu einer modernen und serviceorientierten

491 Willkommensbehörde weiterentwickeln. Dazu etablieren wir ein digitales Antragssystem für  
492 alle Aufenthaltstitel und deren Verlängerung. Das LEA wird gestärkt, um eine zügige,  
493 rechtskonforme und transparente Bearbeitung der Anträge sicherzustellen. Die Terminvergabe  
494 werden wir weiter verbessern und verlässlicher gestalten. Zudem werden wir die Ombudsstelle  
495 im LEA wieder einrichten und zu einer mitwirkungsberechtigten Ombudsstelle weiterentwickeln,  
496 um Transparenz, Rechtsschutz und Vertrauen zu stärken. Beratung wird unabhängig und  
497 mehrsprachig angeboten.

498 EU-Asylreform menschenrechtskonform umsetzen

499 Die nationale Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) darf nicht zu einer  
500 weiteren Aushöhlung des Geflüchteten schutzes führen - auch nicht auf Landesebene. Die neuen  
501 Regeln wenden wir menschenrechtskonform an. Wir wollen dies durch ein effektives und  
502 unabhängiges Menschenrechtsmonitoring unter enger Einbindung der Zivilgesellschaft und  
503 entsprechend qualifiziertem Fachpersonal sicherstellen. Das gilt für die neuen Screening-  
504 Verfahren in Berlin-Tegel ebenso wie für die neuen Asyl- und Rückführungsgrenzverfahren am  
505 Flughafen Berlin-Brandenburg. Bei der Durchführung der neuen Screening-Verfahren ist  
506 sicherzustellen, dass die entscheidende Bewertung der Vulnerabilität von entsprechend  
507 qualifiziertem Fachpersonal außerhalb der Sicherheitsbehörden durchgeführt wird.  
508 Überprüfungen innerhalb des Hoheitsgebiets durch die Polizei Berlin dürfen nicht zu Racial  
509 Profiling führen. Wir Grüne stehen für faire und individuelle Asylverfahren, den Schutz vor  
510 Abschiebung in unsichere Drittstaaten und menschenwürdige Unterbringung. Das Konzept der  
511 sicheren Drittstaaten und Herkunftsländer lehnen wir ab. Abschiebungen dürfen generell nur  
512 in Ausnahmefällen erfolgen. Die Abschiebung in Krisen- und Konfliktregionen, wie nach  
513 Afghanistan, Syrien oder Iran, ist inakzeptabel und muss beendet werden. Explizit stellen  
514 wir uns gegen Abschiebehaft, insbesondere für Kinder, und die Trennung von Familien.

515 Unbegleitete minderjährige Geflüchtete brauchen ab Tag 1 ihrer Einreise eine unabhängige  
516 Vertretung, die sie rechtlich vertritt und faktisch unterstützt und maximal 30 Minderjährige  
517 betreut. Der Vorrang des Kindeswohles ist jederzeit sicherzustellen. Sie müssen in  
518 Jugendhilfe- oder Clearingeinrichtungen mit pädagogisch geschultem Fachpersonal aufgenommen  
519 werden. Hierzu setzen wir uns für eine Verstärkung und finanzielle Absicherung der  
520 Fachstellen des Berliner Netzwerks für besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen ein.

521 Wir stehen zum Kirchenasyl als wichtiges Instrument, um in Ausnahmesituationen Menschen,  
522 denen im Falle einer Abschiebung Leid drohen würde, schnell und unbürokratisch zu  
523 unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Kirchenasyl von den Berliner Behörden  
524 geachtet wird.

525 Ein prekärer Aufenthaltsstatus darf die Aufnahme einer Ausbildung, berufsvorbereitender  
526 Maßnahmen, eines Studiums oder den Abschluss eines angebotenen Arbeitsvertrages nicht  
527 verhindern. Abschiebungen während Ausbildungsvorbereitung, Ausbildung oder Studium müssen  
528 für die gesamte Familie ausgeschlossen sein.

529 Gleichzeitig gilt: Wer nach individueller Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen  
530 Voraussetzungen sowie ggf. nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht hat  
531 und bei dem keine Abschiebungshindernisse entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Die  
532 freiwillige Ausreise hat für uns Vorrang. Überlegungen wie das sogenannte Ruanda-Modell  
533 lehnen wir strikt ab.

534 Wir setzen uns für die Wiederaufnahme des Berliner Landesaufnahmeprogramms für Geflüchtete  
535 aus Syrien, dem Irak und Afghanistan ein und den Ausbau humanitärer Aufnahmeprogramme des  
536 Bundes beispielsweise aus Afghanistan, Syrien, Irak und Gaza ein und nutzen zudem die

537 Spielräume des Landes, um die Aufnahme von Geflüchteten zu ermöglichen. So soll Berlin  
538 Menschen aus UN-Programmen aufnehmen. Zudem möchten wir die Aufnahme von Personen, die von  
539 Klimakatastrophen oder humanitären Notlagen betroffen sind, neu einführen. Außerdem möchten  
540 wir den Familiennachzug als humanitäres Minimum und als Voraussetzung für Stabilität und  
541 Schutz wieder ermöglichen. Zusammen mit anderen aufnahmebereiten Ländern und Kommunen in  
542 Deutschland und Europa setzen wir uns dafür ein, dass solidarische und  
543 menschenrechtsbasierte Ansätze in der europäischen Asyl- und Migrationspolitik wieder  
544 gestärkt werden. Auch auf Bundesebene setzen wir uns gegen Verschärfungen von Grund- und  
545 Menschenrechten ein.

546 Solidarität muss praktisch sein - Gelder für die zivile Seenotrettung  
547 zur Verfügung stellen

548 Das Mittelmeer ist eine der tödlichsten Grenzen weltweit. Tausende Menschen ertrinken jedes  
549 Jahr auf ihrer Flucht oder werden unter Gewaltanwendung nach Libyen und Tunesien zurück  
550 geschleppt. Die Anrainerstaaten aber auch die von Deutschland unterstützte und  
551 mitfinanzierte EU-Grenzschutzagentur Frontex begehen Menschenrechtsverletzungen und  
552 unterstützen Libysche Milizen bei ihren Verbrechen, anstatt ihren rechtlichen  
553 Verpflichtungen nachzukommen. Die Bundesregierung hat die finanzielle Unterstützung der  
554 zivilen Seenotrettung in diesem Jahr eingestellt. Die Kriminalisierung und Behinderung der  
555 Seenotrettung nimmt leichtfertig den Tod von Menschen in Kauf. Wir stehen für eine  
556 menschenrechtsbasierte Politik und ducken uns vor Verantwortung nicht weg. Deswegen treten  
557 wir für die finanzielle Unterstützung der zivilen Seenotrettungsorganisationen ein und  
558 werden unsere Stimmen im Bundesrat konsequent für den Schutz der zivilen Seenotrettung und  
559 die Grundrechte flüchtender Menschen einsetzen.

#### 560 4.4. Queere Sicherheit – Sichtbarkeit und Teilhabe 561 ausbauen

562 Unser Berlin ist, bleibt und wird mehr denn je die Hauptstadt der queeren Vielfalt – sicher,  
563 sichtbar, solidarisch. Queere Menschen sollen in allen Bezirken frei von Angst leben,  
564 uneingeschränkt teilhaben und ihre Rechte voll verwirklichen können. Vielfalt ist für uns  
565 Bündnisgrüne selbstverständlich: von der Schule bis zur Pflege, von der Kultur bis zur  
566 Verwaltung. Schutz vor Queerfeindlichkeit, gleichberechtigter Zugang zu  
567 Gesundheitsversorgung, Wohnraum und Arbeit sowie eine lebendige queere Kultur sollen fest  
568 verankert sein. Dauerhafte Strukturen und ein starker politischer Rückhalt sollen dafür  
569 sorgen, dass queeres Leben in Berlin nicht nur möglich, sondern selbstverständlich ist.

570 Wir Bündnisgrüne möchten queerfeindliche Übergriffe verhindern, lesbische Sichtbarkeit  
571 erhöhen und queere Infrastruktur und queere Angebote für Regenbogenfamilien und inter\*  
572 nicht-binäre, trans\* und agender Personen (FLINTA\*) stärken. Zur queeren Vielfalt gehören  
573 auch Queers, die weiteren marginalisierten Gruppen angehören. Auch sie sollen in Berlin und  
574 seinen Safer Spaces sicher sein. Die Umsetzung der unter bündnisgrüner Beteiligung  
575 eingeführten Berliner Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (IGSV) wollen wir  
576 standardisieren und flächendeckend vorantreiben.

577 Queere Teilhabe und Infrastruktur flächendeckend stärken

578 Wir Grüne setzen uns für ein Berlin ein, in dem queere Menschen in allen Lebensbereichen  
579 sichtbar, sicher und gleichberechtigt sind. Aktuell zeigt sich jedoch, dass Berlins queere

580 Infrastruktur mit ihren Empowermenträumen, Beratungsstrukturen, Projekten, Kulturorten und  
581 Safer Spaces akut bedroht ist. Sei es durch gewaltvolle queerfeindliche Attacken, durch  
582 Verdrängung in unseren Kiezen oder durch die ideologische Politik des schwarz-roten Senats,  
583 die etwa die queere Bildungsarbeit komplett zerschlagen will. Wir treten dem entschieden  
584 entgegen und werden die queere Infrastruktur verteidigen und dauerhaft sichern, langfristig  
585 fördern und stärken. Wir setzen einen Aktionsplan gegen Verdrängung von  
586 zivilgesellschaftlicher Infrastruktur und Safer Spaces in der ganzen Stadt auf. Das  
587 Verschwinden queerer Orte wollen wir stoppen und neue schaffen. Hier nehmen wir verstärkt  
588 auch Immobilien in Landes- und bezirklicher Hand in den Blick.

589 Wir wollen einheitliche Beratungs- und Unterstützungsangebote für Lesben, Schwule,  
590 Bisexuelle, trans\*,inter\* und queere Menschen (LSBTIQ\*) in allen Bezirken und in der ganzen  
591 Stadt. Es darf nicht davon abhängen, wo man als LSBTIQ\* in Berlin wohnt, um z. B.  
592 Unterstützung beim Coming-out zu erhalten. In jedem Bezirk soll daher mindestens ein queerer  
593 Ort in Form eines Zentrums, Jugendclubs oder Familienzentrums entstehen. Wir wollen  
594 Queerbeauftragte in allen Bezirken und für sie eine gesetzliche Grundlage schaffen. Mit  
595 Queer-Mainstreaming verankern wir queersensible Angebote in allen Einrichtungen. Wir sichern  
596 flächendeckend queere Gesundheits- und Pflegeangebote und integrieren queere Perspektiven in  
597 Studium und Ausbildung, insbesondere in den Sozial- und Gesundheitsberufen. Wir stärken die  
598 Beratungsangebote für Regenbogenfamilien und wollen die Gründung eines weiteren  
599 Regenbogenfamilienzentrums vorantreiben. Wir sorgen dafür, dass das Personal in Gerichten  
600 und Jugendämtern geschult ist, um die Diskriminierung von Regenbogenfamilien abzubauen.  
601 Insbesondere bei Regenbogenpflegefamilien braucht es hier zusätzliche Unterstützung. Auf  
602 Bundesebene setzen wir uns für die längst überfällige Reform des Abstammungsrechts ein.

603 Wir Bündnisgrüne werden auch weiterhin die Aufmerksamkeit für lesbisches Leben und lesbische  
604 Belange mit ganz konkreten Maßnahmen erhöhen. Darüber hinaus wollen wir Bi+-Personen und  
605 ihre Strukturen gezielt unterstützen und werden dafür den Maßnahmenplan „Bi+“ entwickeln.  
606 Ebenso bauen wir die Diskriminierung von trans\*,inter\*,nicht-binären und agender  
607 Berliner\*innen ab und bauen ihre Teilhabe in allen Bereichen aus. Wir fördern Anlauf- und  
608 Beratungsstellen für mehrfach marginalisierte queere Gruppen wie z. B. queere Geflüchtete  
609 oder von Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus betroffene Queers in allen Teilen der  
610 Stadt. Wir stärken die Erinnerungskultur zum Thema queeres Leben und seine Gefährdung und  
611 fördern queere Perspektiven im Kulturleben der Stadt. Wir setzen den Inklusionsfonds für  
612 eine barrierefreie Community fort, sichern ihn langfristig und bauen ihn weiter aus. Damit  
613 queere Menschen sich auch sicher an Orten der eigenen Community und im Nachtleben bewegen  
614 können, entwickeln wir einen Maßnahmenplan für die Bekämpfung von Diskriminierung in diesen  
615 Bereichen.

616 Insbesondere der israelbezogene Antisemitismus hat auch in Räumen der queeren Community  
617 zugenommen. Auch hier braucht es in Zusammenarbeit mit Akteur\*innen der Community  
618 Aufklärung, Sensibilisierung, Prävention und klare Kante gegen jeden Antisemitismus, damit  
619 die queere Community auch ein sicherer Ort für jüdische queere Menschen ist.

620 Gleichzeitig setzt sich Berlin auf Bundes- und EU-Ebene für die diskriminierungskritische  
621 Reform von Gesetzen, z.B. für die rechtliche Anerkennung von familiären Instituten jenseits  
622 der Ehe wie Verantwortungsgemeinschaften oder dem französischen PACS, den Schutz queerer  
623 Rechte und internationale Solidarität ein – etwa durch die Verankerung geschlechtlicher und  
624 sexueller Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes und ein verstärktes Engagement im  
625 internationalen Rainbow Cities Network.

626 **Queerfeindlichkeit mit Bildung, Prävention und Schutz begegnen**

627 Queerfeindlichkeit hat in unserer Stadt drastisch zugenommen. Wir Grüne begegnen ihr mit  
628 einem klaren Dreiklang aus Bildung, Prävention und besseren Schutzmaßnahmen. Dazu sichern  
629 wir die Fachstellen für queere und intersektionale Bildung dauerhaft und bauen sie aus.  
630 Unser Ziel: Alle Berliner Schüler\*innen sollen jährlich Zugang zu queeren Bildungsangeboten  
631 erhalten. Wir stärken Projekte, die aufklären, Vorurteile abbauen und Akzeptanz fördern. Wir  
632 verbessern den Schutz queerer Einrichtungen, erhöhen die Polizeipräsenz bei akuten  
633 Bedrohungslagen und schulen Polizei und Justiz für einen sensiblen Umgang. Allerdings wird  
634 nur ein Bruchteil aller queerfeindlichen Übergriffe überhaupt angezeigt. Um das Ausmaß der  
635 Gewalt gegen LSBTIQ\* in Berlin erfassen und so wirksamere Maßnahmen zur Prävention und  
636 Intervention ergreifen zu können, werden wir im Rahmen des „Berlin Monitor Queerfeindliche  
637 Gewalt“ eine Dunkelfeldstudie zu queerfeindlichen Gewalttaten in Auftrag geben.  
638 Vertrauensbildende Maßnahmen sollen die Anzeigebereitschaft erhöhen. Besonders entschieden  
639 treten wir transfeindlicher Hetze und Gewalt entgegen, die zunehmend in der Mitte der  
640 Gesellschaft angekommen ist.

641 **Queeres Leben fördern und sichern**

642 Die Berliner Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (IGSV) ist das zentrale  
643 Instrument zur Förderung und Sicherung queeren Lebens in allen gesellschaftlichen  
644 Handlungsfeldern. Damit sie diese Aufgabe auch in Zukunft erfüllen kann, wollen wir sie neu  
645 denken und ihr einen Neustart verpassen. Sie soll zu einer umfassenden Gesamtstrategie  
646 entwickelt werden. Wir erhöhen die Verbindlichkeit und setzen klare und nachprüfbar Ziele  
647 und Aufgaben für alle Senatsverwaltungen. Die queeren Communities werden wir dauerhaft und  
648 wirksam an der Konzeption, Weiterentwicklung und Umsetzung beteiligen. Die Bezirke werden  
649 wir intensiver einbinden und ein starkes Steuerungsgremium zur Koordination einsetzen,  
650 dessen Umsetzung transparent evaluiert wird.

## 651 **4.5. Gelebte Inklusion – Barrieren abbauen, Teilhabe** 652 **schaffen**

653 In Berlin leben über 333.000 Menschen mit einem anerkannten Grad der Behinderung (GdB) von  
654 mindestens 50 Prozent – das ist fast jede zehnte Person. Darüber hinaus leben zahlreiche  
655 Menschen in der Stadt, die einen GdB unter 50 haben und/oder nicht erfasst sind. Die Tendenz  
656 ist in unserer alternden Gesellschaft steigend, da viele Behinderungen im Lebensverlauf  
657 entstehen. Behinderungen resultieren aus der Wechselwirkung zwischen individuellen  
658 Beeinträchtigungen und den Barrieren in Gesellschaft und Umwelt. Menschen mit Behinderungen  
659 erleben zu oft (Mehrfach-)Diskriminierung und dass ihre Selbstbestimmung infrage gestellt  
660 wird: im Rehabilitationsamt oder beim Jobcenter, beim Zugang zu Arbeit und Wohnen oder bei  
661 sexuellen und reproduktiven Rechten. Wir Bündnisgrüne wollen am Abbau von Barrieren  
662 arbeiten. Die beste Roadmap hierfür bietet die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK). Doch  
663 Berlin hat bei deren Umsetzung noch einiges an Arbeit vor sich. Dazu gehört für uns auch  
664 eine entsprechende Neugestaltung des Berliner Psychisch-Kranken-Gesetzes. Unser Ziel ist  
665 eine Stadt, in der alle Menschen – ob mit oder ohne Behinderungen – gleichberechtigt an  
666 Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport, Wohnen und Arbeit teilhaben können.

## 667 Inklusion koordinieren und stärken

668 Unser Ziel ist, dass Menschen mit Behinderungen in allen Fragen der Eingliederungshilfe  
669 schnelle, kompetente und individuelle Beratung erhalten und bei anderen Bedarfen zuverlässig  
670 weitervermittelt werden. Wir Grüne wollen die Bezirke dabei unterstützen, ihre  
671 Koordinierungsstellen „Inklusion“ zu besetzen und regelmäßig verbindliche Aktionspläne für  
672 die Inklusionsarbeit zu erstellen und zu realisieren. Gemeinsam mit den Bezirken soll der  
673 Senat Zielvereinbarungen für die Teilhabefachdienste entwickeln, das Personal besser  
674 qualifizieren und diese nach dem Prinzip einer „One-Stop-Agency“ ausbauen. Die Leistungen  
675 müssen sich dabei immer am Bedarf und an der Lebenssituation der Menschen orientieren. Wir  
676 wollen, dass alle Leistungen der Eingliederungshilfe wie aus einer Hand geleistet werden.  
677 Dazu muss das Bundesteilhabegesetz endlich umgesetzt werden. Die Ausstellung des  
678 Schwerbehindertenausweises wollen wir vereinfachen und beschleunigen. Behinderungen sind  
679 vielfältig – wir wollen nicht sichtbare Behinderungen stärker ins Blickfeld rücken und  
680 erarbeiten hierfür unter anderem eine Berliner Autismusstrategie. Wir wollen die  
681 Behindertenbeiräte auf Landes- und Bezirksebene stärken, unter anderem durch das Recht,  
682 Anträge an die jeweilige Verwaltung zu richten und zu relevanten Vorhaben Stellung zu  
683 nehmen. Das Berliner Behindertenparlament möchten wir als ein Instrument der politischen  
684 Teilhabe dauerhaft etablieren und auskömmlich finanzieren.

## 685 Bildung als Fundament für gleiche Chancen inklusiv gestalten

686 Es ist nicht hinnehmbar, dass derzeit circa 2.800 Kinder aufgrund von Behinderungen nicht  
687 ordentlich oder gar nicht beschult werden. Exkludierende Systeme müssen vollständig abgebaut  
688 und Inklusion in allen Schulen möglich gemacht werden. Multiprofessionelle Teams,  
689 Schulassistenz sowie ergänzende Förderung und Betreuung in Grundschulen sichern gleiche  
690 Bildungschancen und sorgen dafür, dass alle Schüler\*innen einen Abschluss erreichen können.  
691 Die Beförderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen zur Schule muss  
692 sichergestellt sein. Der Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf soll selbstbestimmt  
693 erfolgen und durch gute Beratung und Begleitung unterstützt werden. Dafür wollen wir unter  
694 anderem die Jugendberufsagentur inklusiver aufstellen.

## 695 Faire Chancen auf dem Arbeitsmarkt fördern

696 Sondersysteme wie Werkstätten für Menschen mit Behinderungen oder Sonderschulen verhindern  
697 häufig die Inklusion in reguläre Arbeit oder Ausbildung. Auf dem Arbeitsmarkt setzen wir  
698 Grüne uns für eine angemessene Bezahlung von Menschen mit Behinderungen im ersten und  
699 zweiten Arbeitsmarkt ein und treiben den Ausbau von Inklusionsunternehmen gezielt voran.  
700 Unternehmen sollen darüber hinaus besser über Budgets für Ausbildung und Arbeit informiert  
701 und bei der Nutzung unterstützt werden. Ergänzend werden wir das Landesprogramm „Ausbildung  
702 inklusiv“ umsetzen, dessen Kernelemente eine Stiftung zur Förderung inklusiver Ausbildung,  
703 die Stärkung der Jugendberufsagentur und der inklusive Umbau der Oberstufenzentren sind.  
704 Zudem setzen wir uns für die Anerkennung und Refinanzierung des Tarifvertrags für Assistenz  
705 im Arbeitgeber\*innenmodell ein und erhöhen damit das selbstbestimmte Leben von Menschen mit  
706 Behinderungen.

## 707 Barrierefreies und sicheres Wohnen ermöglichen

708 Berlin braucht mehr barrierefreien Wohnraum. Wir Bündnisgrüne wollen Barrierefreiheit im  
709 Milieuschutz zulassen, wo es sinnvoll ist. Zudem fördern wir inklusive Wohnkonzepte wie

710 Clusterwohnungen, Mehrgenerationenhäuser oder gemeinschaftliches Wohnen, denn ein  
711 vielfältiges Berlin darf nicht isoliert voneinander leben. In Wohneinrichtungen möchten wir  
712 den Gewaltschutz verbessern, Frauenbeauftragte einsetzen und Beratungsangebote in Leichter  
713 Sprache ausbauen. Frauenhäuser und Schutzwohnungen sollen barrierefreie Plätze vorhalten.  
714 Außerdem entwickeln wir eine umfassende Strategie für Teilhabe und gegen Einsamkeit mit  
715 inklusiven Begegnungsstätten in allen Kiezen. Politisches und ehrenamtliches Engagement von  
716 Menschen mit Unterstützungsbedarf soll durch die Finanzierung von Assistenz im Ehrenamt  
717 möglich gemacht werden. Für geflüchtete Menschen mit Behinderungen wollen wir sicherstellen,  
718 dass sie frühzeitig identifiziert, bedarfsgerecht untergebracht und sprach- sowie  
719 kultursensibel beraten werden.

720 Gesundheit barrierefrei und Sport inklusiv machen

721 Wir Grüne werden den Runden Tisch „Barrierefreie Stadt“ der Senatsverwaltungen für  
722 Stadtentwicklung und Gesundheit reaktivieren, um Einrichtungen der Gesundheitsversorgung –  
723 einschließlich Krankenhäusern – sukzessive barrierefrei umzubauen. Medizinische und  
724 psychologische Fachkräfte sollen im Umgang mit besonders vulnerablen Gruppen geschult  
725 werden. Die Erfahrungskompetenz von Menschen mit Behinderungen wollen wir durch die Stärkung  
726 von Selbsthilfe sichtbarer machen.

727 Menschen mit Behinderungen haben das gleiche Recht auf Sport wie alle anderen – sowohl als  
728 Sporttreibende wie auch als Besucher\*innen. Sportstätten möchten wir sukzessive inklusiv  
729 ertüchtigen, dazu gehören auch ungedeckte Typensporthallen und Schwimmbäder. Die Zahl  
730 inklusiver Sportangebote wird erhöht, ebenso wie wohnortnahe, kostengünstige Angebote für  
731 Rehasport.

732 Mobilität selbstbestimmt und sicher ermöglichen

733 Der ÖPNV soll für seh- und lernbeeinträchtigte Menschen selbstständig nutzbar sein – von  
734 „sprechenden Fahrzeugen“ über barrierefreie BVG-Apps bis zu umgebauten Bus- und  
735 Tramhaltestellen. Fahrstühle bei BVG und S-Bahn sollen zuverlässig funktionieren,  
736 unterstützt durch eine Fahrstuhl- und Wartungsoffensive. Alternative Mobilitätsangebote wie  
737 das Rufbusangebot Muva bleiben so lange erhalten, bis alle Stationen zuverlässig erreichbar  
738 sind. Wir Grüne setzen auf vereinheitlichte Bezahlssysteme für Sonderfahrdienst und  
739 Inklusionstaxi und streben zusätzlich zum Muva mindestens 250 Inklusionstaxis in Berlin an.  
740 Die Ausweisung von Schwerbehindertenparkplätzen wollen wir vereinfachen und beschleunigen.

741 4.6. Ostdeutsche Perspektiven - sichtbar machen, einbeziehen und

742 stärken

743 "BÜNDNIS 90" im Namen unserer Partei verweist auf die ostdeutsche Bürgerrechts-, Umwelt- und  
744 Demokratiebewegung der späten 1980er und frühen 1990er Jahre, die den friedlichen Umbruch  
745 der DDR mitgetragen hat. Dieses Erbe ist für uns historischer Bezugspunkt und gelebter  
746 politischer Anspruch. Für uns ist Berlin ein Ort, an dem wir zeigen müssen, dass  
747 Zusammenwachsen auf Augenhöhe gelingen kann.

748

749 Mehr als drei Jahrzehnte nach dem Mauersturz wirken unterschiedliche Erfahrungen von  
750 Transformation, Anerkennung und Teilhabe bis heute fort. Bundesweit fehlt es weiterhin an  
751 gleichwertiger wirtschaftlicher Teilhabe von Ostdeutschen sowie an ihrer fairen  
752 Repräsentation in politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsgremien.

753

754 Unser Ziel ist ein Berlin, das ostdeutsche Lebensrealitäten stärker als bisher anerkennt und  
755 davon ausgehend gemeinsame Perspektiven entwickelt. Daher stärken wir Aufarbeitung und  
756 Erinnerung und setzen uns für eine Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft sowie für  
757 Chancengerechtigkeit und Teilhabe ein.

758 Diskurse und Aufarbeitung diversifizieren und stärken

759 Für uns Bündnisgrüne bleibt die Aufarbeitung der SED-Diktatur weiterhin unverzichtbar.  
760 Erinnerungsorte wie das SEZ an der Landsberger Allee und die ehemalige Stasizentrale, die  
761 jetzt den Campus für Demokratie beherbergt, möchten wir erhalten bzw. entwickeln.  
762 Zugleich wollen wir die Nachwendezeit unserer Stadt stärker in den Blick nehmen: die  
763 rechtsextreme Gewalt der Baseballschlägerjahre, die Auswirkungen von Treuhand und rapide  
764 einsetzender Massenarbeitslosigkeit sowie der auch damit einhergehenden Abwertung von  
765 Biographien. Ebenso wichtig ist es, die demokratischen Bestrebungen zwischen Mauersturz und  
766 Beitritt sichtbar zu machen, z. B. die Runden Tische und Entwürfe für ein gesamtdeutsches  
767 Miteinander. Sie zeigen auch eine Transformationskompetenz auf und geben Impulse für eine  
768 gemeinsam gestaltete Zukunft.

769  
770 Für diese Aufarbeitung und den Austausch möchten wir vielfältige Möglichkeiten nutzen:  
771 Kultur, Medien, Wissenschaft und Forschung.

772 Demokratie stärken und Gesellschaft weiter zusammen führen

773 Wir fördern einen engen Austausch mit den osteuropäischen demokratischen Zivilgesellschaften  
774 und Communities in Berlin, lernen von ihnen und unterstützen sie in ihren Kämpfen um  
775 Demokratie.

776 Unter Menschen mit ostdeutschen Biographien verstärken sich teilweise Skepsis gegenüber  
777 staatlichen Institutionen, geringeres zivilgesellschaftliches Engagement und Zustimmung zu  
778 demokratiefeindlichen Kräften wechselseitig. Dem setzen wir eine aktive Stärkung von  
779 Zivilgesellschaft und Ehrenamt entgegen, unter anderem durch Beteiligungsformate.  
780 Demokratische Mitbestimmung soll so früh wie möglich beginnen: Kinder- und Jugendbeteiligung  
781 soll flächendeckend gestärkt und gesetzlich vorgesehene Klassenräte ab Klasse 1 konsequent  
782 umgesetzt werden.

783  
784 Dem massiven Problem von zunehmender rechter Jugendgewalt gerade auch in den Ostberliner  
785 Bezirken begegnen wir, indem wir Angebote der Prävention und der Demokratiebildung stärken  
786 und die offene Jugendarbeit und Jugendfreizeiteinrichtungen als Alternativangebote  
787 angemessen und langfristig finanziell ausstatten.

788 Förderung und Repräsentation stärken

789 Ostdeutsche Sozialisation ist ein soziales und biographisches Vielfaltsmerkmal. Sie umfasst  
790 insbesondere Geburts- oder Wohnorte, biografische und intergenerationelle Prägungen sowie  
791 Migrationsgeschichten, etwa die der sogenannten Vertragsarbeiter\*innen. Wir wollen die  
792 Berliner Datenlage zu Menschen mit ostdeutscher Sozialisation verbessern und dafür bewährte  
793 Monitoringverfahren verwenden.

794  
795 Vielfalt muss sich auch in Entscheidungspositionen widerspiegeln, doch ostdeutsche  
796 Perspektiven sind hier weiterhin unterrepräsentiert. Das zeigt sich in der Wirtschaft, aber  
797 auch in Behörden, landeseigenen Betrieben und öffentlichen Institutionen. Diese Schieflage

798 ist ein Verlust für die Stadt. Wir gestalten Karriere- und Entwicklungswege in der Verwaltung  
799 transparenter und setzen uns für eine angemessene Repräsentation ostdeutscher Biographien  
800 und Perspektiven in allen Bereichen ein.

801 Chancengerechtigkeit herstellen

802 Im Osten wird deutlich weniger vererbt, häufiger zur Miete gewohnt und im Durchschnitt  
803 niedriger entlohnt. Menschen mit Ostsozialisation sind dadurch sowohl in der  
804 Erbesgesellschaft als auch in der Leistungsgesellschaft benachteiligt. Wir setzen uns auch  
805 darum auf Bundesebene für eine Reform der Erbschafts- und Vermögenssteuer ein. Eine Änderung  
806 des Mietrechts zur Sicherung stabiler und bezahlbarer Mieten wirkt ebenfalls besonders im  
807 Osten.

808  
809 Wir kämpfen für gleiche, faire Löhne sowohl durch eine erhebliche Erhöhung des Mindestlohnes  
810 auf Landes- wie Bundesebene sowie durch Erhöhung der Tarifbindung und unterstützen daher die  
811 gewerkschaftliche Selbstorganisation und die Gründung von Betriebsräten.

## 812 4.7. Kampf gegen Rechtsextremismus – Demokratie 813 schützen

814 In Berlin leben wir eine wehrhafte, offene und vielfältige Demokratie. Alle Menschen sollen  
815 hier frei leben, ihre Meinung äußern und sich engagieren können – ohne Angst vor  
816 Einschüchterung, Hass oder Gewalt. Rechtsmotivierte Straftaten erreichen Höchststände und  
817 bilden unter den politisch motivierten Straftaten mit Abstand die größte Gruppe.  
818 Rechtsextreme Akteur\*innen sind dabei online wie offline aktiv. BIPOC, Kulturschaffende,  
819 Kommunalpolitiker\*innen, Initiativen und Ehrenamtliche erleben Drohungen und Anfeindungen  
820 und zunehmend auch körperliche Übergriffe. Rechtsextremismus ist ein Sicherheitsrisiko, für  
821 unsere Demokratie und die Berliner\*innen. Auch in Berlin kommt es nun zu vermehrten Attacken  
822 und Übergriffe auf die queere Community – und zu rechtsextremen Störungsversuchen und  
823 Gegenprotesten beim CSD und Marzahn Pride. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus  
824 treten wir Bündnisgrüne entschlossen und auf allen Ebenen entgegen. Wir setzen uns für eine  
825 starke Prävention, konsequente Strafverfolgung und den Schutz von Betroffenen ein. Staat,  
826 Zivilgesellschaft, Bildung, Medien und Justiz müssen dabei an einem Strang ziehen. Wir  
827 fördern eine demokratische Kultur, in der Vielfalt geachtet wird, Fakten geschützt werden  
828 und solidarisches Handeln gestärkt wird – in Berlin, im Netz und auf der Straße. Unser Ziel:  
829 eine Stadt, in der rechtsextreme Ideologien keinen Nährboden finden und demokratische  
830 Teilhabe für alle gesichert ist.

831 Rechtsextremismus frühzeitig vorbeugen

832 Wir Grüne erweitern das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus  
833 sowie die Landeskommision gegen Gewalt, um die Arbeit gegen Rechtsextremismus nachhaltig zu  
834 sichern und weiterzuentwickeln. Ziel ist es, Radikalisierung, besonders im Netz, und die  
835 Verjüngung gewaltbereiter Gruppen wirksam zu bekämpfen. Die Senatsbildungsverwaltung muss in  
836 enger Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Expert\*innen gewährleisten, dass  
837 Bildungseinrichtungen die Gefahren des Rechtsextremismus aufgreifen und im Umgang mit  
838 rechtsextremen Ideologien professionell unterstützt werden, um Radikalisierung vorzubeugen.  
839 Denn Kinder und Jugendliche rücken zunehmend als Zielgruppe rechtsextremer Rekrutierung in  
840 den Fokus. Daher bauen wir digitale Präventionsangebote wie spezialisierte Digital  
841 Streetwork aus und fördern in allen Altersgruppen Medienkompetenz, um Desinformation und

842 Hass frühzeitig zu erkennen. Social-Media-Plattformen wie Instagram und TikTok müssen ihrer  
843 Verantwortung nachkommen und entsprechende Inhalte löschen. Präventionsprojekte an Schulen  
844 sichern wir dauerhaft und machen den Umgang mit Rechtsextremismus zu einem verpflichtenden  
845 Teil der Ausbildung des pädagogischen Fachpersonals (Lehrkräfte, Erzieher\*innen etc.).

846 Ebenso sollen die pädagogischen Fachkräfte regelmäßig Fort- und Weiterbildungen absolvieren.  
847 Jeder Vorfall an Schulen muss ernst genommen und konsequent aufgearbeitet werden. Kinder-  
848 und Jugendfreizeiteinrichtungen stärken wir im Umgang mit rechtsextremen Einstellungen. Mit  
849 einem ressortübergreifenden Sicherheitsgipfel aus Land und Bezirken, werden wir gegen die  
850 Zunahme rechtsextremer Jugendgewalt vorgehen.

851 Betroffene rechter Gewalt wirksam schützen

852 Die Zahl rechtsmotivierter Straf- und Gewalttaten ist in den letzten Jahren drastisch  
853 gestiegen. Betroffene rechter Gewalt müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Fälle  
854 ernst genommen, als politische motivierte Straftaten erfasst, zügig aufgeklärt und ohne  
855 weitere Viktimisierung bearbeitet werden. Dafür braucht es stärkere Informations- und  
856 Beratungsangebote, vereinfachte Melderegister-Sperrungen, gut finanzierte  
857 Monitoringstrukturen und Registerstellen. Ziel ist es, dass jeder Vorfall und jede Anzeige  
858 ernst genommen, jeder Angriff aufgeklärt und jede Bedrohung wirksam abgewehrt wird. Wir  
859 stärken Opferberatungsstellen sowie zivilgesellschaftliche Akteur\*innen, die sich gegen  
860 rechtsextreme Bedrohungen einsetzen oder Ziel von rechtsextremen Angriffen und  
861 Diffamierungskampagnen werden. Polizei und Justiz müssen rechte Straftaten schnell erkennen,  
862 konsequent verfolgen und Betroffene transparent über ihre Handlungsoptionen sowie die  
863 Ermittlungsschritte informieren. Dazu gehören gut geschulte und sensibilisierte Polizei und  
864 Staatsanwaltschaften, ein effizient arbeitender Staatsschutz sowie die konsequente  
865 Vollstreckung offener Haftbefehle gegen rechtsextreme Täter\*innen.

866 Rechtsextreme Straftaten konsequent verfolgen

867 Wir Bündnisgrüne wollen, dass rechtsextreme Straftaten konsequent verfolgt und Betroffene  
868 wirksam geschützt werden. Polizei und Justiz müssen rechtsextreme Gewalt schnell erkennen,  
869 korrekt einordnen und zügig strafrechtlich ahnden – auch bei vermeintlich geringfügigen  
870 Delikten. Dazu stärken wir den Staatsschutz, schulen Staatsanwaltschaften regelmäßig zu  
871 aktuellen Entwicklungen und vollstrecken offene Haftbefehle konsequent.

872 Rechtsextremist\*innen, Reichsbürger\*innen und Verschwörungsideolog\*innen müssen systematisch  
873 zum Schutz der gesamten Gesellschaft entwapnet werden. Aber auch im Internet gehen wir  
874 entschieden gegen Hass und Hetze vor und stärken Beratungsstrukturen für Betroffene. Eine  
875 zentrale Meldestelle für digitale Gewalt soll als Kompetenzzentrum fungieren, Meldungen  
876 aufnehmen und die Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden koordinieren. Wir wollen den  
877 öffentlichen Dienst, insbesondere Stellen in sensiblen oder sicherheitsrelevanten Bereichen,  
878 vor Rechtsextremist\*innen schützen. Dazu werden wir interne Beschwerde- und Meldestrukturen  
879 verbessern und ausbauen. Disziplinarverfahren gegen Verfassungsfeinde im Staatsdienst müssen  
880 konsequent durchgeführt werden.

#### 881 4.8. Berlin ist Kultur - Kulturmetropole stärken

882 Die Kulturmetropole Berlin ist einzigartig: Keine andere Stadt hat eine so attraktive,  
883 vielfältige und zugleich dynamische Kunst- und Kulturlandschaft. Sie ist das Zuhause von  
884 Hunderttausenden von Künstler\*innen und Kreativen und auch deshalb ein Magnet für Menschen

885 aus aller Welt. Hier entsteht ständig etwas Neues, gehen gesellschaftliche Entwicklungen und  
 886 individuelle Entfaltung, globaler Austausch und künstlerische Innovation Hand in Hand. Es  
 887 ist heute wichtiger denn je, dass wir diese Kulturangebote und Kulturorte haben, denn sie  
 888 verhandeln und treiben gesellschaftliche Entwicklungen und schaffen Räume, in denen Menschen  
 889 zusammenkommen. Wir brauchen diese Angebote in der ganzen Stadt, in den Kiezen und auf den  
 890 großen Bühnen, in den kleinen Galerien und in den großen Museen; hinzu kommt der Bedarf an  
 891 kulturellen Bildungsangeboten für die ganz Kleinen und für die Großen. Kultur ist die Basis  
 892 für Berlins Identität und internationale Ausstrahlung, aber auch für einen bedeutenden Teil  
 893 der Wertschöpfung und wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt.

894 Berlin ist Kultur: Unter diesem Motto hat sich im Winter 2024/25 ein breites Bündnis aus  
 895 Kunst- und Kulturschaffenden, ihren Verbänden sowie öffentlichen und privaten  
 896 Kultureinrichtungen gegründet. Ziel ist es, gegen die verheerenden Kürzungen der schwarz-  
 897 roten Koalition zu protestieren. Wir Bündnisgrüne stehen an ihrer Seite – bei der  
 898 Verteidigung der Kunstfreiheit und der Unabhängigkeit öffentlicher Kultureinrichtungen. Beim  
 899 Kampf für eine gute kulturelle Grundversorgung in der ganzen Stadt, die Kulturelle Bildung  
 900 und Teilhabe aller Menschen unabhängig von ihrem Geldbeutel oder ihrer Herkunft  
 901 sicherstellt. Und bei der berechtigten Forderung, dass Kulturarbeit endlich angemessen  
 902 entlohnt wird und nicht mehr automatisch mit prekärer Beschäftigung und Altersarmut  
 903 einhergeht. Gerade im Musik-, Film- und Medienbereich werden diese prekären  
 904 Arbeitsbedingungen durch die wachsende Abhängigkeit von wenigen globalen Plattformen,  
 905 intransparenten Algorithmen und unfairen Verwertungspraktiken verschärft. Gemeinsam mit der  
 906 Kulturszene streiten wir deshalb auch für ein Berliner Kulturfördergesetz.

907 Kulturförderung gerecht, transparent und zukunftsfähig gestalten

908 Wir werden ein Kulturfördergesetz auf den Weg bringen, das die Berliner Kunst- und  
 909 Kulturlandschaft langfristig absichert. Dabei möchten wir in enger Zusammenarbeit mit der  
 910 städtischen Kulturszene, ihren Verbänden und Akteur\*innen auch neue Wege beschreiten, damit  
 911 öffentliche Kulturförderung künftig gerechter, nachhaltiger und zukunftsfähiger wird: etwa  
 912 durch eine Flexibilisierung und Vereinfachung des Zuwendungsrechts, die gezieltere Förderung  
 913 einzelner Sparten und des künstlerischen Nachwuchses sowie durch mehr Interdisziplinarität  
 914 und ressortübergreifende Zusammenarbeit – gerade mit der Kreativwirtschaft, der Kulturellen  
 915 Bildung und Urbanen Praxis. Auch die Kulturpolitik selbst muss kollaborativer und  
 916 transparenter werden: durch den verstärkten Einsatz von unabhängigen Auswahlgremien – wie  
 917 Fachjurys und Findungskommissionen – sowie durch transparente Ausschreibungs- und  
 918 Auswahlverfahren, vor allem bei der Besetzung von Spitzenpositionen großer  
 919 Kulturinstitutionen.

920 Wir Grüne setzen uns für verbindliche Mindesthonorare und -gagen ein und wollen gemeinsam  
 921 Wege finden, steigende Tarif- und Betriebskosten zu refinanzieren, auch in der  
 922 Projektförderung. Denn Berlins Kulturbetriebe brauchen nach dem Haushaltschaos der letzten  
 923 Jahre endlich wieder Planungssicherheit. Die Freie Szene möchten wir stärken, sie ist mit  
 924 ihren kleinen Spielstätten, Projekträumen und Veranstaltungsorten ein essenzieller  
 925 Bestandteil des Kulturangebots – in der Breite wie in der Spitze. Dafür setzen wir adäquate  
 926 Einnahmen aus der City Tax ein: Wenn ein Großteil der Tourist\*innen wegen unserer  
 927 Kulturszene nach Berlin kommt, muss sie auch adäquat davon profitieren dürfen!

928 Kreative Räume in der Stadtentwicklung verankern

929 Berlins Status als Kulturmetropole gründet auf der einzigartigen Mischung aus Ateliers und  
 930 Proberäumen, den vielen Aufführungs- und Präsentationsorten wie Theatern und Museen, sowie

931 den Clubs und urbanen Freiräumen. Doch viele Künstler\*innen, Kreative und Kulturbetriebe  
 932 sind massiv gefährdet durch steigende Wohn- und Gewerbemieten, Immobilienspekulation und  
 933 Verdrängung. Deshalb wollen wir die drastischen Kürzungen beim Arbeitsraumprogramm  
 934 rückgängig machen und dieses zugleich reformieren: Neben einer generellen Ausweitung des  
 935 Raumangebots braucht es eine bessere Berücksichtigung aller künstlerischen Sparten und die  
 936 Einführung neuer Fördermodelle, die auch historisch gewachsenen Strukturen und örtlichen  
 937 Besonderheiten gerecht werden. Dabei setzen wir vor allem auf die kulturelle Nutzung und  
 938 Nachnutzung öffentlicher Immobilien, strategische Ankäufe und die Schaffung zusätzlicher  
 939 Kulturräume bei der Entwicklung neuer Stadtquartiere: Kulturorte und -angebote sind ein  
 940 integraler Bestandteil der Daseinsvorsorge und öffentlichen Infrastruktur und müssen daher  
 941 in der Stadtentwicklungs- und Liegenschaftspolitik auch endlich entsprechend berücksichtigt  
 942 werden. Wir Bündnisgrüne machen Schluss mit der Vergabe von Landesimmobilien unter der Hand  
 943 an private Investor\*innen wie im Fall der Alten Münze und sorgen dafür, dass Kultur bei der  
 944 Entwicklung von so wichtigen Orten wie den ehemaligen Flughäfen Tempelhof und Tegel, dem ICC  
 945 und Molkenmarkt oder der Nalepastraße nicht aus dem Blick gerät. Gleichzeitig unterstützen  
 946 wir die Pläne der Spartenverbände für ein House of Jazz / Zentrum für Improvisationsmusik  
 947 sowie für ein Haus für Tanz und Choreografie.

948 Mit dem Ausbau des Kulturkatasters, einem Stadtentwicklungsplan „Kultur“ und neuen  
 949 Beteiligungsgremien schaffen wir die notwendige Transparenz und Planungssicherheit – und mit  
 950 der kostenfreien Überlassung von öffentlichen Dienstgebäuden die Möglichkeit, geeignete  
 951 Räumlichkeiten temporär auch für kulturelle Zwecke zu nutzen.

952 Vielfalt, Gleichstellung und Schutz vor Machtmissbrauch stärken

953 Frauen und Menschen, die finanziell benachteiligt sind, sowie Menschen mit Behinderungen und  
 954 BIPOC sind in weiten Teilen des Kulturbetriebs immer noch unterrepräsentiert, das gilt  
 955 insbesondere für Leitungspositionen. Damit das anders wird setzen wir auf fachliche  
 956 Standards, wie Geschlechterparität und divers besetzte Jurys, die Förderung von Vorhaben wie  
 957 FairStage, ProQuote und dem Spielplan „Audiodeskription“ sowie die Ausweitung der Arbeit von  
 958 Diversity Arts Culture und des barrierefreien Umbaus der öffentlichen Kultureinrichtungen.  
 959 Um Machtmissbrauch zu bekämpfen und vorzubeugen, werden wir das bereits vorliegende Konzept  
 960 für eine zentrale Beschwerdestelle nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)  
 961 umsetzen und die öffentlichen Kulturbetriebe dabei unterstützen, proaktiv gegen Fälle von  
 962 MeToo und Diskriminierung vorzugehen.

963 Klimaneutrale Kultur voranbringen

964 Wenn Berlin klimaneutral werden soll, muss es auch sein Kulturbetrieb werden. Das gilt  
 965 insbesondere für die großen Emittenten von Treibhausgasen.

966 Dafür entwickeln wir in Kooperation mit der Green-Culture-Anlaufstelle des Bundes Strukturen  
 967 und Programme auch auf Landesebene, etwa für mehr Energieeffizienz in Berlins öffentlichen  
 968 Kulturimmobilien, die Wiederverwendung von Kulissen und sonstigen Bühnenmaterialien oder  
 969 eine bessere Klimabilanz im Gastspielbetrieb oder bei Großveranstaltungen.

970 Kulturelle Bildung für alle zugänglich machen

971 Im Mittelpunkt unserer Kulturpolitik steht die kulturelle Teilhabe aller Menschen. Wir  
 972 wissen, dass auch unsere Kulturlandschaft noch einen langen Weg vor sich hat, um wirklich  
 973 inklusiv zu sein. Das wollen wir ändern, gemeinsam mit der Berliner Kulturszene. Dies

974 beginnt mit guter Kultureller Bildung für alle und in den Bezirken. Wir Grüne stehen für  
975 eine entsprechende Grundversorgung mit Stadtteilbibliotheken, Musik- und Jugendkunstschulen,  
976 Kommunalen Galerien und Kinder- und Jugendtheatern. Wir wollen bezahlbare Kulturangebote in  
977 allen Teilen der Stadt und gerade auch außerhalb des S-Bahn-Rings. Wir stehen zu dem  
978 Versprechen, die maroden Standorte der Zentralen Landesbibliothek endlich unter einem  
979 modernen Dach zusammenzuführen und als meistbesuchte Kultur- und Bildungseinrichtung der  
980 Stadt zu einem echten Dritten Ort zu machen. Wir stärken die Musikschulen, indem wir endlich  
981 die geltende Rechtsprechung umsetzen und aus Honorar- Festanstellungen machen. Und wir  
982 stärken Berlins kleine Kinder-, Jugend- und Puppentheater – damit kurze Beine auch nur kurze  
983 Wege zurücklegen müssen, um Kultur kennenzulernen. Wir möchten, dass Berliner Schüler\*innen  
984 mindestens viermal im Jahr eine Kultureinrichtung besuchen können.

985 Es ist gut, dass Vermittlungsangebote und Outreach-Programme ein fester Bestandteil der  
986 Berliner Kultur- und Bildungslandschaft sind. Wir wollen, dass Kulturelle Bildung ein  
987 integraler Bestandteil aller öffentlich geförderten Kultureinrichtungen wird und dies im  
988 neuen Kulturfördergesetz verankern. Zur besseren Verzahnung der Kultur- und Bildungspolitik  
989 entwickeln wir das Rahmenkonzept Kulturelle Bildung weiter und setzen die Empfehlungen des  
990 Rundes Tisches für eine bessere Kooperation zwischen Kultureinrichtungen, Schulen und Kita  
991 um. Zusätzlich werden wir den Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung ausbauen und die  
992 Unabhängigkeit der Fachjury wieder stärken: Eingriffe in deren Arbeit, wie seitens der CDU,  
993 lehnen wir strikt ab.

994 Kulturelle Teilhabe kostenfrei ermöglichen

995 Nicht nur junge Menschen stoßen schnell an Grenzen, wenn es um die Bezahlbarkeit von Kultur  
996 geht. Wir Bündnisgrüne wollen, dass kulturelle Teilhabe keine finanzielle Frage ist, sondern  
997 allen Berliner\*innen offensteht. Deshalb wollen wir den kostenfreien Museumssonntag wieder  
998 einführen und schrittweise ausweiten: Langfristig sollten nicht nur Bezirksmuseen und  
999 kommunale Galerien keinen Eintritt kosten, sondern auch die Dauerausstellungen der  
1000 Landesmuseen. Wir investieren in die nötige Ausstattung öffentlicher Veranstaltungsorte,  
1001 weiten eintrittsfreie Open-Air-Formate aus und fördern öffentliche Veranstaltungen wie die  
1002 Fête de la Musique und den Karneval der Kulturen stärker. Da der Bund den KulturPass für  
1003 junge Erwachsene gestrichen hat, wollen wir ein alternatives Angebot durch das Land Berlin  
1004 entwickeln.

1005 Erinnerungskultur leben und koloniale Vergangenheit aufarbeiten

1006 Erinnerungskultur wächst in einer demokratischen Gesellschaft von unten. Wir Grüne  
1007 unterstützen Einrichtungen und Initiativen, die unsere gemeinsame Geschichte sichtbar  
1008 machen: vom Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus , die Aufarbeitung der SED-  
1009 Diktatur und von kolonialem Unrecht, über die Erinnerung an sexualisierte Gewalt gegen  
1010 Frauen in Kriegen und die Umbrüche der Nachwendzeit, bis hin zu einer Erinnerungskultur in  
1011 der modernen Einwanderungsgesellschaft. Zur Sicherung der queeren Geschichte und der  
1012 Diskriminierungsgeschichte von LSBTIQ\* in unserer Stadt unterstützen wir neben der wichtigen  
1013 Arbeit des Schwulen Museums auch die Einrichtung des queerfeministischen Archivzentrums. Wir  
1014 sichern die Arbeit der Gedenkstätten, fördern ihre historische Bildungsarbeit und  
1015 verteidigen sie gegen alle Angriffe und politischen Missbrauch von außen. Gemeinsam mit dem  
1016 Bund werden wir den Ausbau der ehemaligen Stasi-Zentrale zu einem Campus für Demokratie  
1017 weiter vorantreiben. Wir verurteilen entschieden den nationalistischen und revanchistischen  
1018 Missbrauch von historischen Denk- und Ehrenmalen wie sie etwa an sowjetischen  
1019 Kriegsdenkmälern und Friedhöfen stattgefunden haben. Dort, wo es mit Blick auf die

1020 zeitgenössische Forschungslage und Erinnerungskultur erforderlich ist, wollen wir  
1021 historische Denk- und Ehrenmale angemessen kontextualisieren.

1022  
1023 Das von uns initiierte und von der Zivilgesellschaft erarbeitete gesamtstädtische  
1024 Erinnerungskonzept „Kolonialismus erinnern“ wollen wir schrittweise umsetzen, einschließlich  
1025 eines zentralen Lern- und Erinnerungsortes. Die Aufarbeitung von Berlins kolonialer  
1026 Vergangenheit werden wir konsequent fortführen, indem wir die Koordinierungsstelle  
1027 „Decolonize Berlin“ stärken und die Provenienzforschung zu den Beständen der Berliner Museen  
1028 und Sammlungen sowie in der wissenschaftlichen Forschung an den Hochschulen ausweiten. Wir  
1029 erleichtern die Rückgabe von Raubkunst und menschlichen Gebeinen sowie die Umbenennung von  
1030 Straßennamen mit kolonialen, rassistischen und antisemitischen Bezügen. Und wir machen die  
1031 verlängerte UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft in Berlin sichtbar, etwa indem wir  
1032 entsprechende zivilgesellschaftliche Aktivitäten gezielt fördern und in der öffentlichen  
1033 Verwaltung auch strukturell verankern. Der Städtepartnerschaft mit Windhoek kommt hier eine  
1034 besondere Bedeutung zu. Berlin trägt eine historische Verantwortung für den Genozid an den  
1035 Herero und Nama. Im Sinne einer dekolonialen Perspektive werden wir die Städtepartnerschaft  
1036 ausbauen und insbesondere den zivilgesellschaftlichen Austausch verstärken.

#### 1037 4.9. Presse und Medien – unabhängig, qualitativ und 1038 zukunftsfest

1039 Berlin hat das Zeug, zu einer der wichtigsten Medienmetropolen des Kontinents zu werden. Die  
1040 Vielfalt, Unabhängigkeit und Qualität von Journalismus sind zugleich ein Grundpfeiler  
1041 unserer Demokratie. Wir Bündnisgrüne wollen, dass unsere Stadt ein Safer Space für  
1042 Medienschaffende und Journalist\*innen aus aller Welt bleibt. Zugleich muss der  
1043 gesellschaftliche Wert von Journalismus auch Ausdruck finden in einer fairen und  
1044 angemessenen Bezahlung der Beschäftigten. Wir investieren in ihre Ausbildung und die  
1045 allgemeine Medienkompetenz, stärken die Attraktivität des öffentlich-rechtlichen Rundfunks  
1046 und fördern gezielt die hiesige Filmbranche und Kinolandschaft.

1047 Dabei stellen wir uns auch den Herausforderungen, mit denen unsere Gesellschaft und  
1048 Medienlandschaft konfrontiert wird: Neue Medien und verändertes Mediennutzungsverhalten,  
1049 politisch motivierte Angriffe auf die Pressefreiheit, Desinformation und Hatespeech sowie  
1050 die zunehmende Monopolbildung und Abhängigkeit in der globalen Plattform-Ökonomie. Der  
1051 vermehrte Einsatz von Künstlicher Intelligenz, zunehmend prekäre Einkommensverhältnisse und  
1052 die Aushöhlung journalistischer Standards erhöhen ebenfalls den Druck auf Medienschaffende.

1053 Pressefreiheit schützen und Medien stärken

1054 Die Pressefreiheit ist ein hohes Gut – wir Bündnisgrüne möchten sie mit aller Kraft  
1055 verteidigen. Investigative Recherche und Faktenchecks wollen wir insbesondere durch die  
1056 Stärkung von Informationsrechten unterstützen. Wir beobachten mit Sorge, dass  
1057 Journalist\*innen und Medienschaffende nicht nur angegriffen, sondern auch durch politisch  
1058 motivierte Klagen eingeschüchtert werden und wollen sie davor schützen. Wir setzen uns für  
1059 selbstorganisierte Orte und Netzwerke ein, die exilierten und lokalen Journalist\*innen  
1060 ermöglichen, ihre unersetzliche Arbeit fortzusetzen und davon in Berlin leben zu können. Wir  
1061 machen uns stark für eine bessere, flächendeckende, soziale Absicherung und faire,  
1062 wirtschaftliche Teilhabe von Medienschaffenden. Wir wollen, dass diese von den Umsätzen und  
1063 Erlösen ihrer Tätigkeit angemessen profitieren – etwa durch eine Stärkung ihrer

1064 Persönlichkeits- und Urheberrechte sowie eine erleichterte Einbindung in die  
1065 Sozialversicherungssysteme.

1066 Wir stehen für einen attraktiven und unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Deshalb  
1067 werden wir den begonnenen Reformprozess weiterhin konstruktiv-kritisch begleiten. Neben mehr  
1068 Transparenz, einer vielfältigen und diversen Besetzung von Leitungspositionen und Gremien,  
1069 einer soliden Finanzierung und fairen Arbeitsbedingungen braucht es einen Hauptstadtseher  
1070 rbb, dessen Informations- und Unterhaltungsformate der Vielfalt Berlins und seines Umlandes  
1071 wirklich gerecht werden. Das alles ist auch eine Frage der gesellschaftlichen Akzeptanz in  
1072 einer Zeit, in der antidemokratische Kräfte gezielt versuchen, die Integrität und  
1073 Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu untergraben. Wir stärken einen  
1074 vielfältigen, unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der unabhängige Informationen  
1075 bietet und die freie Meinungsbildung fördert.

1076 Urheber\*innen angemessen an Gewinnen beteiligen

1077 Wir werden Geschäftsmodelle, die auf der unentgeltlichen Nutzung unseres kulturellen Erbes  
1078 und kreativer Arbeit beruhen, bekämpfen. Es darf nicht sein, dass auf der einen Seite  
1079 multimilliardenschwere Konzerne entstehen und Rekordgewinne erwirtschaften, während es sich  
1080 die Kreativen nicht mehr leisten können in Berlin zu leben. Künstliche Intelligenz  
1081 beschleunigt diese Entwicklungen – und rüttelt an der Identität Berlins. Wir wollen  
1082 verhindern, dass Wirtschaftsinteressen unsere Kultur- und Medienlandschaft zerstören.

1083 Film- und Kinoförderung weiterentwickeln

1084 Die Bedeutung des Films für Berlin ist enorm. Studios, Sender, Produktionsfirmen und  
1085 Plattformen sowie die Vielzahl an Beschäftigten und Dienstleister\*innen sind ein wichtiger  
1086 Teil der städtischen Wertschöpfung und der kreativen Infrastruktur. Gleichzeitig steht die  
1087 Filmstadt Berlin vor der Herausforderung, wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit, faire  
1088 Entlohnung sowie künstlerische und technologische Innovationen gleichermaßen zu  
1089 gewährleisten. Deshalb wollen wir Bündnisgrüne die bestehenden Fördersysteme  
1090 weiterentwickeln. Wir möchten Frauen, Ostdeutsche und BIPoC in der Filmförderung stärken,  
1091 denn ihre Perspektiven sind nach wie vor unterrepräsentiert. Neben mehr Transparenz, der  
1092 Stärkung der VFX-Förderung, verbindlichen sozialen Mindeststandards und der Qualifizierung  
1093 der Auswahlverfahren liegt unser Fokus auf der Nachwuchsförderung und einer zeitgemäßen  
1094 Ausbildungslandschaft. Das gilt gleichermaßen für die Förderung von Filmfestivals: Wir  
1095 wollen vor allem die kleinen, innovativen Formate als Schaufenster stärken und besser  
1096 miteinander vernetzen. Auch Kinos sind Kulturorte und für die Präsentation, Pflege und  
1097 Bewahrung unseres visuellen Kulturerbes unerlässlich. Wir wollen sie deshalb nach  
1098 Möglichkeit flächendeckend erhalten und die neue Kinoförderung dabei stärker an den  
1099 Bedürfnissen der Programmkinos mit kuratierten Programmen sowie an Kriterien wie  
1100 Dezentralität und Teilhabe ausrichten.

#### 1101 4.10. Religion und Weltanschauung – vielfältig, 1102 tolerant und miteinander

1103 Berlin zeichnet sich auch durch seine religiöse und weltanschauliche Vielfalt aus. Wir  
1104 Bündnisgrüne verteidigen die im Grundgesetz verankerte Religions- und  
1105 Weltanschauungsfreiheit. Genauso unterstützen wir die Freiheit aller Menschen, die keiner  
1106 Religion oder Weltanschauung angehören. Kirchen, Synagogen, Moscheen, Tempel und weitere

1107 religiöse Einrichtungen sind wichtige Orte, in denen sich Menschen milieuübergreifend  
 1108 wertorientiert begegnen. Sie bilden für viele Menschen in Berlin ein verlässliches soziales  
 1109 Netz und sind genau wie ihre sozialen Träger wichtig für den sozialen Zusammenhalt.

1110 In Zeiten, in denen einzelne Glaubensgemeinschaften vermehrt zur Zielscheibe von Hass,  
 1111 Gewalt und Intoleranz werden, stehen wir an ihrer Seite. Zudem schützen wir die  
 1112 Einrichtungen, Veranstaltungen und die öffentliche Sichtbarkeit der Religions- und  
 1113 Weltanschauungsgemeinschaften und fördern ihren Dialog untereinander: etwa durch den Erhalt  
 1114 und Ausbau von Gemeinwesenzentren als wichtigen soziokulturellen Anlauf- und  
 1115 Beratungsstellen vor Ort. Vorhaben wie Mehr-Religionen-Kitas unterstützen wir. Wir halten am  
 1116 Berliner Modell des freiwilligen Religions- und Weltanschauungsunterrichts an Berliner  
 1117 Schulen fest, wollen ihn stärken und für bessere Rahmenbedingungen sorgen. Eine Abwicklung  
 1118 dieses Berliner Modells lehnen wir ab. Die katholische Theologie ist zwischenzeitlich an der  
 1119 Humboldt-Universität abgesichert; wir setzen uns dafür ein, dass auch die Alevitische  
 1120 Gemeinde zu Berlin als anerkannte Glaubensgemeinschaft dort einen eigenen Lehrstuhl erhält,  
 1121 um die Ausbildung von Lehrkräften für den alevitischen Religionsunterricht auf ein solides  
 1122 akademisches Fundament zu stellen. Wir setzen uns für die Sichtbarkeit alevitischen Lebens  
 1123 in Berlin ein und für die Förderung ehrenamtlicher Strukturen in alevitischen Gemeinden.  
 1124 Gleichzeitig machen wir uns dafür stark, dass Berlin die Staatsleistungen an die Kirchen  
 1125 abschaffen kann, indem der Bund die Grundlage dafür schafft. Wir wollen das  
 1126 Kirchenaustrittsgesetz Berlin dahingehend ändern, dass für die austretenden  
 1127 Kirchenmitglieder keine Kosten anfallen. Wir streben an, dass künftig Kirchenaustritte auch  
 1128 im Online-Verfahren möglich sind.

1129 Religionsausübung gleichberechtigt ermöglichen

1130 Wir Grüne wollen es allen Menschen ermöglichen, ihre religiösen und weltanschaulichen  
 1131 Überzeugungen öffentlich und ohne Benachteiligung gegenüber anderen Glaubensgemeinschaften  
 1132 leben zu können. Gleichzeitig streiten wir für die Rechte derer, die keiner Religion oder  
 1133 Weltanschauung (mehr) angehören wollen.

1134 Ob Hijab, Kippa, Turban oder andere religiöse Symbole: Berlins Vielfalt muss auch im  
 1135 öffentlichen Dienst sichtbar sein. Deshalb folgen wir beim Neutralitätsgesetz der  
 1136 langjährigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und schaffen es endlich ab. Wir  
 1137 ändern das Ladenschlussgesetz zugunsten jüdischer Geschäfte mit koscheren Lebensmitteln,  
 1138 damit sie auch an Sonntagen anstelle von Samstagen öffnen können. Und wir stärken den Schutz  
 1139 jüdischer und muslimischer Feiertage. Auch bei der Telefon- oder Gefängnisseelsorge darf der  
 1140 Glaube keinen Unterschied machen: Kürzungen zulasten einzelner religiöser Gruppen sind  
 1141 nicht weiter hinnehmbar. Außerdem liberalisieren wir die gesetzlichen Vorgaben bei  
 1142 Bestattungen, damit religiöse wie nicht-religiöse Menschen ihre Angehörigen so bestatten  
 1143 lassen können, wie es ihren eigenen Vorstellungen oder den Vorschriften ihrer  
 1144 Religionsgemeinschaft entspricht. Staatsakte und Veranstaltungen im Rahmen der  
 1145 Erinnerungskultur sind noch immer geprägt von religiösen Gemeinschaften, insbesondere den  
 1146 beiden großen christlichen Kirchen. Berlin sollte jedoch im Rahmen eines breiten  
 1147 zivilgesellschaftlichen Dialogs neue Formen von Gedenkveranstaltungen entwickeln, die der  
 1148 kulturellen Vielfalt unserer Stadt besser gerecht werden.

1149 Interreligiösen Dialog und Gemeinwesenzentren fördern

1150 Wir Grüne unterstützen den Dialog der verschiedenen Glaubensgemeinschaften und  
 1151 interreligiöse Formen des Gedenkens. Es braucht Orte, in denen sich Menschen begegnen und  
 1152 austauschen können. Doch insbesondere kleinere Gemeinschaften können sich stadtweit eigene

1153 Räume nicht mehr leisten. Deshalb verfolgen wir Bündnisgrüne weiterhin das Konzept der  
1154 Gemeinwesenzentren, die zu unterschiedlichen religiösen und weltanschaulichen Zwecken und  
1155 auch gemeinsam genutzt werden können. Neben dem Erhalt von solchen offenen Orten wollen wir  
1156 Räume wie diese als Teil der Quartiersentwicklung und sozialen Infrastrukturplanung  
1157 verankern. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die meisten Gemeinschaften ihre (sozialen)  
1158 Beratungsangebote nicht nur ihren eigenen Mitgliedern zur Verfügung stellen, sondern allen,  
1159 die sie brauchen.

1160 Für uns ist klar: Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sind eine Bereicherung für  
1161 unsere Stadt. Gleichwohl gibt es einzelne Gruppen, die in Abhängigkeit von autokratischen  
1162 Regimen stehen oder unsere Verfassung nicht vollumfänglich anerkennen. Damit ein  
1163 bereichernder Dialog entstehen kann, dürfen Grundrechte nicht relativiert werden.

#### 1164 4.11. Demokratische Teilhabe – Berlin gemeinsam 1165 gestalten

1166 Unser Berlin ist ein demokratisches Berlin und das werden wir mit aller Kraft erhalten. Der  
1167 Blick nach Ungarn oder in die USA zeigt, dass die Feinde der Demokratie die Arbeitsfähigkeit  
1168 von Parlamenten und Verfassungsgerichten untergraben und die demokratische Zivilgesellschaft  
1169 bedrohen. Wir Bündnisgrüne stellen uns in Berlin allen Angriffen entschlossen entgegen. Wir  
1170 möchten die Resilienz unserer Einrichtungen und die Zivilgesellschaft stärken. Denn  
1171 gefestigte Institutionen und ehrenamtliches Engagement sind das Rückgrat unserer Demokratie.  
1172 Und weil starke Demokratien vom Engagement vor Ort leben, wollen wir die Beteiligung in Land  
1173 und Bezirken stärken, damit Berliner\*innen noch stärker in Entscheidungen eingebunden sind:  
1174 Repräsentative, direktdemokratische und dialogische Elemente gehören zusammen und ergänzen  
1175 sich.

#### 1176 Demokratiebildung und Zivilgesellschaft stärken

1177 Die schwarz-rote Koalition hat tragende Strukturen der Demokratieförderung ausgedünnt,  
1178 während Desinformation, Hass und digitale Gewalt in unregulierten Räumen wuchern. Wir Grüne  
1179 stehen an der Seite zivilgesellschaftlicher Strukturen, Vereine, Migrant\*innenorganisationen  
1180 und Initiativen, die vor Ort in den Kiezen und in der gesamten Stadt die Demokratie leben,  
1181 schützen und wieder stärken. Wir führen ein Landesdemokratiefördergesetz ein und  
1182 unterstützen und sichern ihr Engagement und ihre Arbeit damit nachhaltig. Die Landeszentrale  
1183 für politische Bildung ist unverzichtbar, um Wissen über demokratische Strukturen und  
1184 politische Bildung und Selbstwirksamkeit zu vermitteln. Wir verurteilen die Angriffe der CDU  
1185 auf die Unabhängigkeit dieser Institution und werden ihren demokratischen Auftrag klar  
1186 verankern und ihre Arbeit stärken. Auf Bundesebene werden wir uns weiter dafür einsetzen,  
1187 dass politisches Engagement von Vereinen als gemeinnützig anerkannt bleibt bzw. als solches  
1188 anerkannt wird. Wir setzen uns dafür ein, dass Zivilgesellschaft auch europäisch und  
1189 grenzübergreifend organisiert werden kann.

1190 Auch in den Jugendverbänden der demokratischen Parteien findet wichtige Demokratiebildung  
1191 statt, die jungen Menschen die Parteiendemokratie nahe bringt. Nach dem Vorbild des Bundes  
1192 und der meisten Bundesländer unterstützen wir die Einrichtung und Förderung eines Rings  
1193 politischer Jugendorganisationen in Berlin.

1194 Beteiligung für alle ermöglichen

1195 Berliner\*innen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit sind in Berlin in erheblichem Umfang  
1196 von demokratischer Mitbestimmung ausgeschlossen. Der Ausschluss von fast einer Million  
1197 Menschen vom Wahlrecht führt zu einem strukturellen Demokratiedefizit.

1198  
1199 Wir Bündnisgrüne setzen uns weiterhin sowohl im Land Berlin als auch im Bundesrat dafür ein,  
1200 dass Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Berlin haben, unabhängig von ihrer  
1201 Staatsangehörigkeit an Volksbegehren und -abstimmungen, den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und  
1202 zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVVen) und perspektivisch auch zum Bundestag und zum  
1203 Europäischen Parlament teilnehmen können. Für dieses Ziel werden wir unnachgiebig bei den  
1204 anderen demokratischen Parteien werben.

1205 Wir werden die Einrichtung von Kinder- und Jugendparlamenten in allen Berliner Bezirken  
1206 sowie auf Landesebene ermöglichen und ihnen Rede- und Antragsrecht in den BVVen  
1207 beziehungsweise dem Abgeordnetenhaus und deren Ausschüssen geben, damit Kinder und  
1208 Jugendliche an der Gestaltung ihres Bezirks und ihrer Stadt mitwirken können.

1209  
1210 Gerade die Vielfalt an Perspektiven, Lebensgeschichten und Erfahrungen birgt ein großes  
1211 demokratisches und gesellschaftliches Potenzial, wenn politische Repräsentanz und Mitwirkung  
1212 sichergestellt werden. Bei dieser Wahl wird jetzt schon Geschichte geschrieben: Erstmals  
1213 dürfen auch 16-Jährige in Berlin mitwählen. Wir haben es geschafft, das Wahlalter zu senken!  
1214 Politik trifft heute Entscheidungen, die vor allem Kinder und junge Menschen langfristig  
1215 betreffen, daher ist es unerlässlich, dass sie mit über ihre Zukunft bestimmen dürfen. In  
1216 einem nächsten Schritt setzen wir uns auf Landes- und Bezirksebene für eine Absenkung des  
1217 Wahlalters auf 14 Jahre ein.

1218 Demokratie lebt durch Engagement und Widerstandsgeist. Wir wollen alle demokratischen  
1219 Instrumente und den Einfluss der Zivilgesellschaft stärken und so deutlich machen, dass jede  
1220 Stimme zählt. Die Instrumente Direkter Demokratie in Berlin haben sich in den vergangenen  
1221 Jahren bewährt und wir werden sie weiterentwickeln und ausbauen. Dazu gehört insbesondere  
1222 die Einführung eines fakultativen Referendums, mit dem die Bürger\*innen ein Vetorecht  
1223 erhalten, falls das Abgeordnetenhaus ein im Volksentscheid verabschiedetes Gesetz ändert.  
1224 Bestehende Hürden und Schranken direktdemokratischer Instrumente werden wir kritisch prüfen  
1225 und so weit wie möglich abbauen. Wir wollen zudem Bürger\*innenentscheide auf Bezirksebene  
1226 verbindlich machen, die Beteiligungsbüros in den Bezirken stärken, Bürger\*innenhaushalte  
1227 ermöglichen, die Leitlinien zur Beteiligung endlich vollständig umsetzen und eine\*n  
1228 Beauftragte\*n einsetzen, um diese Prozesse zu begleiten und voranzutreiben. Mit dem  
1229 Stadtvertrag „Beteiligung“ setzen wir auf echte, offene und im Ergebnis bindende  
1230 Beteiligungsprozesse. Wir unterstützen Bürger\*innenräte, in denen geloste Bürger\*innen  
1231 konkrete Themen im Kiez oder auf Landesebene auf Basis von Fachimpulsen und in moderierten  
1232 Verfahren konkrete Handlungsempfehlungen und Impulse für die öffentliche Debatte und die  
1233 parlamentarische Entscheidung erarbeiten.

1234 Resilienz demokratischer Institutionen stärken

1235 Gemeinsam mit den anderen demokratischen Fraktionen werden wir Resilienzmechanismen  
1236 schaffen, um die Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit des Berliner Abgeordnetenhauses, des  
1237 Berliner Verfassungsgerichtshofs und der Bezirksverordnetenversammlungen sicherzustellen.  
1238 Verfassungsfeinde haben im Staatsdienst nichts verloren.

1239 Verbotsverfahren gegen die AfD anstrengen

1240 Der Aufstieg der AfD als parlamentarischer Arm des Rechtsextremismus in Deutschland ist die  
1241 größte Gefahr für unsere Demokratie. Geflüchtete, Muslim\*innen und Menschen mit  
1242 Migrationsgeschichte werden zur Zielscheibe politischen Hasses gemacht, ihre Angst wächst.  
1243 Rechtsextreme Straftaten befinden sich auf einem Allzeithoch, Angriffe auf  
1244 Geflüchtetenunterkünfte sowie rassistisch, antisemitisch und queerfeindlich motivierte  
1245 Straftaten und Hasskriminalität sind zur neuen Normalität geworden. Die Einstufung der AfD  
1246 durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistische Partei muss  
1247 endlich Folgen haben. Wir werden alle Hebel in Bewegung setzen, damit das  
1248 Bundesverfassungsgericht über ein Verbot der AfD entscheiden kann.

## 1249 Zukunftsprojekte für Berlin (Kapitel 4)

1250 Schutz vor Gewalt – Zwei neue Frauenhäuser für Berlin

1251 Mit dem Gewalthilfegesetz haben wir Bündnisgrüne in der Bundesregierung einen historischen  
1252 Meilenstein zum Schutz von Betroffenen häuslicher Gewalt gesetzt. Die Bundesmittel zur  
1253 Umsetzung des Gewalthilfegesetzes dürfen nicht für die allgemeine Haushaltsentlastung  
1254 missbraucht werden, sondern müssen in zusätzliche Gewalthilfemaßnahmen investiert werden.  
1255 Berlins Frauenhäuser sind überlastet. Zu oft müssen Frauen, die Schutz suchen, abgewiesen  
1256 werden. Wir Bündnisgrüne wollen die Bundesmittel einsetzen, um unter anderem zwei neue  
1257 Frauenhäuser für Berlin zu öffnen.

1258 Kultur stärken – gerecht, transparent und nachhaltig mit dem  
1259 Kulturfördergesetz

1260 Wir Bündnisgrüne werden ein Kulturfördergesetz auf den Weg bringen, das die Berliner Kunst-  
1261 und Kulturlandschaft langfristig absichert. So sorgen wir dafür, dass Kulturangebote bei  
1262 allen ankommen! Dabei möchten wir in enger Zusammenarbeit mit der städtischen Kulturszene,  
1263 ihren Verbänden und Akteur\*innen auch neue Wege beschreiten, damit öffentliche  
1264 Kulturförderung künftig gerechter, nachhaltiger und zukunftsfähiger wird: etwa durch eine  
1265 Flexibilisierung und Vereinfachung des Zuwendungsrechts, die gezieltere Förderung einzelner  
1266 Sparten und des künstlerischen Nachwuchses sowie durch mehr Interdisziplinarität und  
1267 ressortübergreifende Zusammenarbeit – gerade mit der Kreativwirtschaft, der Kulturellen  
1268 Bildung und der Urbanen Praxis. Auch die Kulturpolitik selbst muss kollaborativer und  
1269 transparenter werden: durch den verstärkten Einsatz von unabhängigen Auswahlgremien – wie  
1270 Fachjurs und Findungskommissionen – sowie durch transparente Ausschreibungsverfahren, vor  
1271 allem bei der Besetzung von Spitzenpositionen großer Kulturinstitutionen.

1272 Zivilgesellschaft stärken, Demokratie schützen – ein  
1273 Demokratiefördergesetz für Berlin

1274 Wir Grüne stehen an der Seite der zivilgesellschaftlichen Strukturen, Vereine und  
1275 Initiativen, die vor Ort in den Kiezen und in der gesamten Stadt die Demokratie leben und  
1276 schützen. Um sie zu stärken, führen wir ein Landesdemokratiefördergesetz ein und  
1277 unterstützen und sichern ihr Engagement und ihre Arbeit damit nachhaltig. So schaffen wir  
1278 eine bessere finanzielle Planbarkeit mit fairen Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft.  
1279 Bei der Erarbeitung und Umsetzung des Gesetzes ist es unerlässlich, zivilgesellschaftliche

1280 Projekte und Initiativen aktiv einzubinden.

1281 Beteiligung soll über die Open-Source-Plattform [mein.berlin.de](https://mein.berlin.de) zentralisiert, digitalisiert

1282 und durch bessere Nutzerführung, Gamification-Ansätze und transparente Projektbewertungen

1283 attraktiver werden. Hierfür soll außerdem eine freie Berlin-App entwickelt und verfügbar

1284 gemacht werden.